

Info-Blatt 78

Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so

Juli 2011

vermessen



Schwerpunkt: **vermessen**

Was für eine vermessene Vorstellung: Alle könnten ein Modell des großartigen Kompasses besitzen wie ihn Captain Jack Sparrow in Fluch der Karibik benutzt. Dieser Kompass ist nicht das Werkzeug für komplizierte Routenberechnungen, denn er ist weder geeicht noch zeigt er nach Norden. Dieser Kompass führt die Reisenden dorthin, wo sie hin wollen. Einfach so. Leider ist es nur schwer möglich, einen solchen Kompass herzustellen. Wir müssen also auf althergebrachtes Material zurückgreifen, wenn wir uns den Weg durch den Dschungel der Städte und die Weiten der Ländereien, Lüfte und Meere bahnen wollen.

Karten sind das Zauberwerk, mit dem wir dabei zu kämpfen haben und mit dem wir auch in der Infoblatt-Redaktion gerungen haben. Karten bilden – anders als das gemeinhin angenommen wird – mitnichten die Welt oder einen Teil von ihr wahrheitsgemäß ab. Die Karten, die sich bei uns durchgesetzt haben, sind die winkeltreuen Mercator-Karten, deren Flächendarstellung jedoch nicht proportional ist. Diese Darstellung begünstigt die Länder des Nordens, was – wenig verwunderlich – für machtpolitische Interessen genutzt wird. Karten waren die visuelle Grundlage für die Aufteilung von Regionen an die Kolonialmächte. Es bedurfte nur eines Tisches, um die Karte auszubreiten und einer Feder, mit deren Hilfe die Welt mit wenigen Strich aufgeteilt wurde. Karten sind also auch ein Machtinstrument zum vermessen, darstellen, sichtbar machen, aufteilen.

Karten, Kritik an Karten und Kunst mit Karten – das ist das Thema, mit dem sich dieses Heft beschäftigt.

Die kritische Diskussion um den Wahrheitsanspruch von Karten dauert schon mehrere Jahrhunderte an. Spätestens seit den 1960er Jahren wurde diese Debatte erweitert um die Frage, ob Karten nicht auch soziale Prozesse beinhalten müssten. Linke kritische Geograph_innen und Künstler_innen entwickelten das im deutsche Sprachraum so genannte mapping. Dieses Konzept versucht soziale Prozesse

kartographisch zu visualisieren und wählt dafür Darstellungsformen, die den gewohnten Blick auf Karten irritieren sollen. Der Text „Vermessene Welt(en)bilder und umkämpfte Karten“ zeichnet die kritische Diskussion um Karten nach und stellt Versuche vor, politische Auseinandersetzungen zu mappen. Der Artikel „Von Karten und Grenzen“ macht am Beispiel eines skurrilen Grenzkonflikts zwischen Costa Rica und Nicaragua am Río San Juan deutlich, wie Karten interessensgebunden instrumentalisiert werden. Der Verlauf dieser Grenze wurde immer wieder vor Internationalen Gerichtshöfen verhandelt. Zum Neu-Vermessen wird der Grenzfluss im Moment aktuell mit einem Bagger bearbeitet.

In dem Artikel „Der kartographierte Raum“ wird die Geschichte des von Künstler_innen gestalteten mappings beschrieben, die ihren Ursprung bei den Situationist_innen in Frankreich hat.

Der Text „no man's land“ lenkt den Blick zurück nach Deutschland und Europa. Auf der Basis der *Memory Loops*, des Münchner Denkmals zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, das als mapping im Internet abrufbar ist, wird die Idee entwickelt, umkämpfte Orte der Erinnerung an die NS-Zeit in Deutschland und Europa zu mappen und damit eine Visualisierung der Geschichte des zum Teil vermessenen Umgangs mit der Geschichte zu erhalten.

Und es gibt auch ein konkretes Beispiel des mappings direkt in diesem Heft: Die Gruppe [muc] münchen postkolonial hat in Kooperation mit dem Ökumenischen Büro im Rahmen des Projektes *Migration <Macht> Entwicklung?* und der Zeitschrift des Bayerischen Flüchtlingsrates *Hinterland* den Stadtplan von München hinsichtlich seiner kolonialen Vermächtnisse kritisch durchleuchtet und umgestaltet. Das Ergebnis (gefördert von InWent, dem Kulturreferat der Stadt München, dem Katholischen Fonds und dem Netzwerk München) liegt diesem Heft bei.

Inhaltsverzeichnis

Vermessen

Vermessene Welt(en)bilder und umkämpfte Karten	3
Von Grenzen und Karten am Río San Juan	7
Künstlerisches Mapping als Strategie zur Repräsentation sozialer Prozesse	11
No man's land - Orte der Erinnerung sichtbar machen	15

Mexiko

Personen zerstören, um Organisationen zu bekämpfen - Interview mit Bárbara Méndez und Jaqueline Sáenz	20
---	----

El Salvador

Schweigen ist Gold - ein komunitäres Radio im Kampf gegen den Goldbergbau	24
---	----

Uruguay

Eine offene Wunde - Widerstand und Erinnerung in Deutschland und Uruguay. Interview mit Ernesto Kroch und Eva Weil (Teil 2)	26
---	----

Impressum:

Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45

Telefax: 089 - 48 76 73

E-mail: info@oeku-buero.de

Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62

E-mail: flug@oeku-buero.de

Redaktion und Layout: Babs Kwapkowski, Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Elise-Maria Ose, Eva Bahl (eb), Eva-Maria Bach, Gabi Fischer (gf), Klaus Pinzek, Marianne Walther, Ruth Weizel, Zara Pfeiffer

Fotos: Ökumenisches Büro

Druck: Druckwerk München

Auflage: 1.000

Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt
München
Kulturreferat

Vermessene Welt(en)bilder und umkämpfte Karten

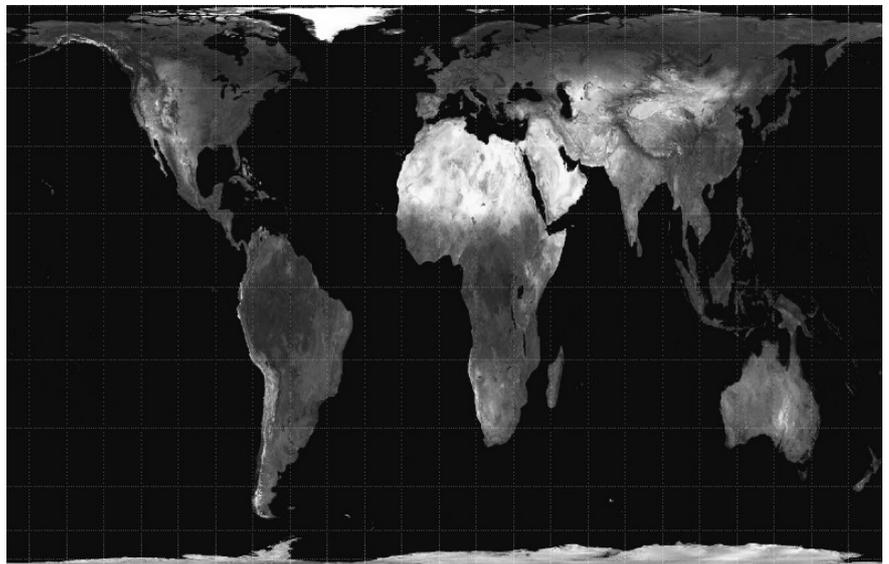
„Das Reich wird im selben Moment, in dem man seine Karte erstellt, undarstellbar.“
Umberto Eco

(eb) Im Jahr 1973 veröffentlichte Arno Peters seinen Entwurf einer Weltkarte, mit der er dem Eurozentrismus der heute üblicherweise verwendeten Weltkarten – zumeist basierend auf der so genannten Mercator-Projektion – entgegenwirken wollte. Der niederländische Geograph Mercator¹ hatte im Jahr 1569 eine Weltkarte vorgestellt, die den Vorteil hatte, dass sie winkeltreu war. Seefahrer_innen konnten auf dieser Karte erstmals ein Ziel anvisieren und ihren Kurs bestimmen, indem sie eine Linie von ihrem Start- zu ihrem Zielpunkt zogen und den entsprechenden Kurswinkel ablasen. Aber nicht nur die Gunst der Seefahrer_innen hatte Mercator erworben, auch die europäischen Herrscher_innen sahen sich angemessen – nämlich als Nabel der Welt – repräsentiert: Bei der Abbildung einer (Erd-)Kugeloberfläche auf ein Blatt Papier – ein mathematisch nicht lösbares Problem – ist Verzerrung nicht zu vermeiden. Weltkarten zeigen insofern nie die wahre Gestalt der Erde. Im Fall von Mercators Karte war zwar die Winkeltreue gewährleistet, die Flächentreue litt aber darunter. Besonders kritisierte Peters, dass die fern vom Äquator liegenden Landmassen der nördlichen Erdhalbkugel im Verhältnis größer dargestellt werden: Europa mit seinen 9,7 Millionen Quadratkilometern erscheint auf der Mercator-Karte ebenso groß wie Südamerika, das in Wirklichkeit fast doppelt so groß ist. Die sehr weit im Norden liegende Insel Grönland erscheint als ebenso groß wie Afrika, das aber tatsächlich mehr als das 13fache an Fläche hat.

Mercator selbst ist bei dieser Geschichte eigentlich nichts vorzuwerfen. Er präsentierte explizit eine Karte, die das Navigieren erleichtern sollte. Diesen Zweck erfüllt sie bis heute. Er

selbst verwendete für seinen Atlas² eine andere, flächentreuere Erdkarte. Dennoch setzte sich seine Navigations-Weltkarte durch und prägte nachhaltig unsere Wahrnehmung der Welt(-ordnung).

entworfen zu haben, wurde von anderen Geograph_innen schwer in Frage gestellt. Das Problem, eine Kugel auf Papier zu projizieren, kann eben nicht vollends gelöst werden – auch wenn heute über 400 verschiedene

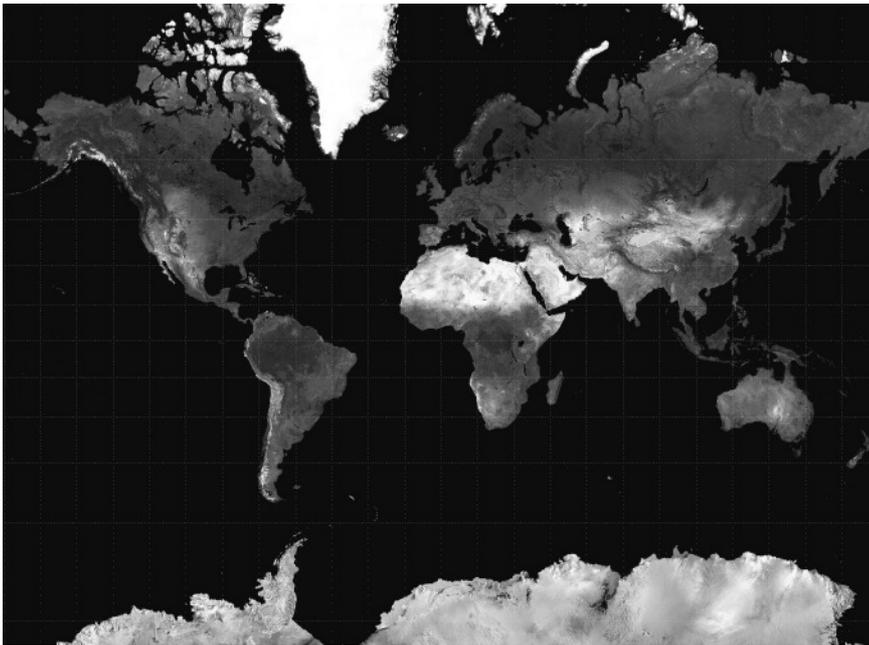


Gerechte(re)s Weltbild? Die Peters-Projektion
Quelle: Wikimedia

Peters kritisierte den Mercator-Atlas als „erste[n] Ausdruck des geographischen Weltbildes im Zeitalter des Kolonialismus“ und präsentierte seinen Peters-Atlas (1990), in dem „alle Staaten und Kontinente im gleichen Maßstab“ abgebildet seien. Heute klingt seine euphorische Ankündigung, diese paritätische Darstellung sei „Ausdruck jenes weltumspannenden solidarischen Bewußtseins, das im Begriffe steht, das herkömmliche europazentrische Denken zu überwinden“, dann doch etwas zu optimistisch. Die Peters-Projektion wurde im Kontext der Nord-Süd-Arbeit verwendet, ansonsten sehr kontrovers diskutiert und hat sich nicht allgemein durchgesetzt. Peters' Anspruch, eine sowohl winkel- als auch flächentreue Karte

Projektionsmodelle bekannt sind.

An der Art und Weise, wie hier über Karten und die „wahre“ Repräsentation der Erde diskutiert wurde, lässt sich ablesen, dass Kartierung immer einer Prozesshaftigkeit unterliegt und ihre Ergebnisse immer umkämpft sind. Da die Abbildung von einem „gegliederten, vielfach unterteilten Raum mit hellen und dunklen Bereichen, mit unterschiedlichen Ebenen, Stufen, Vertiefungen und Vorsprüngen“ (Foucault 2005: 9) auf ein Blatt Papier immer eine Vielzahl von Auswahlentscheidungen voraussetzt, können Karten nicht als objektive Abbildung von Wirklichkeiten gesehen werden. In einer seiner surrealen Erzählungen beschreibt Jorge Luis Borges den Versuch, die absolute Karte eines



Verschobene Wahrnehmung: Die Mercator-Projektion
Quelle: Wikimedia

imaginären Reiches zu erstellen:

„In jenem Reich erlangte die Kunst der Kartographie eine solche Vollkommenheit, daß die Karte einer einzigen Provinz den Raum einer Stadt einnahm und die Karte des Reichs den einer Provinz. Mit der Zeit befriedigten diese maßlosen Karten nicht länger, und die Kollegs der Kartographen erstellten eine Karte des Reichs, die die Größe des Reichs besaß und sich mit ihm in jedem Punkt deckte. Die nachfolgenden Geschlechter, die dem Studium der Kartographie nicht mehr so ergeben waren, waren der Ansicht, diese ausgedehnte Karte sei unnützlich, und überließen sie, nicht ohne Verstoß gegen die Pietät, den Unbildern der Sonne und der Winter. In den Wüsten des Westens überdauern zerstückelte Ruinen der Karte, behaust von Tieren und von Bettlern; im ganzen Land gibt es keine anderen Überreste der geographischen Lehrwissenschaften.“ (Borges 1982: 121).

Jedoch selbst diese perfekte, jede Auswahl vermeidende Karte, die 1:1-Abbildung eines Reiches, kann nur eine Momentaufnahme sein, die bald – vielleicht auch wegen ihrer Unhandlichkeit – an Relevanz verliert und der Witterung überlassen wird.

Karten genießen jedoch unser großes Vertrauen, ihre Objektivität wird allzu selten in Frage gestellt, besonders, wenn Autoritäten wie Regierungsinstitutionen oder Universitäten

sie produziert haben. In Zeiten von Navigationsgeräten für Telefon und Auto kennt jede_r das ganz selbstverständliche Alltagsvertrauen in Kartenmacher_innen. Es soll auch unbestritten bleiben, dass Karten eine große Orientierungshilfe sein können: das Konzept des Sich-Verfahrens ist jeder/m von uns ebenso bekannt wie die große Erleichterung, die ein Stadtplan oder eben ein Navigationssystem in einer solchen Situation bringen können.

Koloniale Vermessenheiten

Das Zeitalter der Eroberungen und der Kolonialisierung ist nicht zu denken ohne die Vermessung und Kartierung neu erschlossener Gebiete und die damit verbundene Festschreibung eines Anspruchs auf Territorium und Autorität. In völliger Ignoranz der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen vor Ort wurden mit dem Vertrag von Tordesillas³ 1494 oder auf der Berliner Afrika-Konferenz⁴ 1884 ganze Kontinente durch einige Striche auf dem Papier unter Kolonialmächten aufgeteilt. Dabei herrschte das Verständnis vor, dass durch zunehmende technische Raffinesse immer exaktere, objektivere und damit bessere Karten erstellt werden könnten.

Aber auch die Vielzahl an – noch „unentdeckten“ – weißen Flecken regten zu exotistischer⁵ Projektion und

kolonialen Abenteuern an. Sehr treffend zeigt sich dies in den Worten Kapitän Marlow's, der Hauptfigur aus Joseph Conrads 1899 erschienenem Kolonialroman *Herz der Finsternis*: „Als kleiner Junge hatte ich eine große Passion für Landkarten gehabt. Stundenlang konnte ich Südamerika oder Afrika oder Australien betrachten und mich in die Herrlichkeiten des Entdeckerlebens verlieren. Zu jener Zeit gab es noch viele weiße Flecken auf der Erde, und wenn ich auf der Landkarte einen erblickte, der besonders einladend aussah [...], pflegte ich mit dem Finger darauf zu weisen und zu sagen: Wenn ich einmal groß bin, gehe ich dort hin.“ (Conrad 2004: 12).

Kartierungspraxen waren zentral für den modernen Blick auf die Welt: Menschen zogen Linien, schrieben Unterschiede fest und erschufen Hierarchien. So schufen, domestizierten und ordneten sie die Welt, indem z. B. Europa und „die Anderen“, Westen und Nicht-Westen, Erste und „Dritte Welt“, Menschen mit und „Menschen ohne Geschichte“ etc. konstruierbar wurden.

Durch das umkämpfte Ende der Kolonialzeit, marxistische und feministische Kritiken an hegemonialer Wissensproduktion und die grundsätzliche In-Frage-stellung der Abbildbarkeit von sozialen Wirklichkeiten gerieten jedoch Gewissheiten der Kartografie ins Wanken. Sie galt nun nicht mehr als nur der möglichst genauen Abbildung von objektiven Gegebenheiten verpflichtete Wissenschaft. Und Karten galten fortan nicht mehr als wahre Abbildungen „natürlicher“ Wirklichkeiten, sondern als von subjektiven Interessen geprägte Produkte, die sowohl als Texte als auch als Bilder gelesen und interpretiert werden müssen. Parallel setzte sich die Annahme durch, dass auch Raum eine sozial konstruierte Kategorie ist, die gesellschaftliche Kategorien re-produziert. Der reale Raum wurde durch die für die Menschen dominante, sozial und kulturell überformte Raum-Wahrnehmung ergänzt. Wenn aber selbst der Raum – also das der Karte vorausgehende – nicht mehr als objektiv gegeben angenommen wird, dann hat dies auch Auswirkungen auf die (Un-) Möglichkeit seiner Repräsentation⁶.

Partizipative Vermessungen

Zunehmend hatte die Kritik an der Macht von Karten eine alternative Kartenproduktion „von unten“ zur Folge. Karten können – nach John Pickles (2004) – als Archiv vermessungstechnischer Daten, als Bild der räumlichen Ordnung der Welt, als Werkzeug, um räumliche Verhältnisse zu ergründen und als Objekt ästhetischen und historischen Interesses gelten. Neuere Kartierungen legen zumeist den Schwerpunkt auf den Werkzeug-Aspekt, und ergründen und dokumentieren zunehmend nicht nur räumliche, sondern auch soziale Verhältnisse. Ein Pionier solch einer Kartierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse war William „Wild Bill“ Bunge, der Ende der 1960er Jahre in Detroit das unzureichende Schulsystem für die arme – und zumeist schwarze – Bevölkerung kartierte, indem er Jugendlichen aus eben diesen Stadtvierteln kostenlosen Kartografie- und Stadtplanungs-Unterricht gab und sie darin unterstützte, ihre eigenen

Forschungen zu Stadtplanung zu machen, die Bedürfnisse und Gegebenheiten ihrer Community zu visualisieren und diese dann einzusetzen, um politischen Druck auszuüben⁷.

Vierzig Jahre später beschreibt der Geograph Joe Bryan (2010) ein Projekt des Partizipativen Mappings in der Miskito-Region an der Atlantikküste von Honduras, das er gemeinsam mit indigenen Bewohner_innen der Region durchführte. Einige indigene Organisationen hatten ihn damit beauftragt, da sie sich gezwungen sahen, Karten ihres Gebietes zu erstellen, um so territoriale Besitzansprüche verteidigen und den Kampf um Landtitel auf besserer Grundlage führen zu können. Ergebnis des Projekts war eine Karte mit vielen sich überlappenden Gebietsnutzungen, während die Regierungskarten der Region zumeist kaum Siedlungen und Gebietsansprüche verzeichneten. Bryan beschreibt anhand dieses Projekts, wie Kartenproduktion ein Raum für die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Machtverhältnisse sein kann. Gleichzeitig weist er dar-

auf hin, dass solche Strategien (post-)koloniale Gesellschaftsstrukturen nicht aufbrechen können, da sie dem Prinzip des Privateigentums an Land unterworfen bleiben.

Auch mit den neuen Formen des neoliberalen Regierens ist die Kartierung indigener Landnutzung als (begrenzte) Anerkennung kultureller Rechte durchaus kompatibel⁸. Angesichts dieser Widersprüchlichkeiten, mit denen Bryan sich im Projekt des Partizipativen Mappings konfrontiert sieht, plädiert er dafür, Mapping als eine kritische Praxis der sozialen Kämpfe (unter vielen anderen) zu nutzen und dabei stets im Blick zu behalten, wer welches Wissen zu wessen Nutzen (re-)produziert.

Den beiden „radical geographers“ Bunge und Bryan ist der Bildungsaspekt gemein. Sie sehen Kartierung nicht nur als Werkzeug der alternativen Wissensproduktion, sondern auch als einen kollektiven Prozess des gemeinsamen Lernens und der Bewusstseinsbildung.



OTRO MODELO DE DESARROLLO

“Por solidaridad, justicia y dignidad”

El **capitalismo** se basa en la explotación sin fin de los bienes comunes, de la vida y cuerpos de hombres y mujeres, tratándolos como mercancías en la búsqueda siempre de nuevas ganancias. Ello ha generado sociedades donde priman relaciones pragmáticas, impersonales y de competencia feroz entre la gente, y el empobrecimiento de millones de personas, llevando la peor situación a las poblaciones indígenas, afrodescendientes y mujeres. Así también la progresiva destrucción de la naturaleza y por lo tanto la insostenibilidad del mundo donde habitamos. Frente a ello, los movimientos plantean el cambio de este modelo de desarrollo por otro(s) mundo(s) basado en la distribución equitativa de las riquezas, los afectos, la armonía con la naturaleza, la dignidad, solidaridad, soberanía y libertad de los pueblos y personas para construir su propio destino.

Kollektives Kartieren von sozialen Konflikten und Kämpfen: Ausschnitt aus der Karte „Rebellisches Lateinamerika“
Quelle: iconoclastas.com.ar

Karten ohne Orte – utopische Karten?

Die Macht von Karten ist nur zu brechen, indem sie reflektierter produziert und rezipiert werden. Diese Erkenntnis prägt die neuen Formen der Kartenerstellung. Während Peters noch mit dem Anspruch angetreten war, die bessere, moralisch überlegene und wahrere Repräsentation der Erdoberfläche auf Papier zu präsentieren, stellen Künstler_innen, Aktivist_innen und kritische Geograph_innen zunehmend die Prozesshaftigkeit und Subjektivität der Kartenproduktion in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Vermehrt entstehen heute Karten, bei denen es nicht mehr notwendigerweise darum geht, Wege und Distanzen möglichst nachvollziehbar zu machen. Vielmehr wird die Subjektivität und Intentionalität der Karten ganz bewusst genutzt, um Gegen-Informationen zu visualisieren und Sehgewohnheiten zu irritieren. Vielstimmigkeit ist als Ziel an die Stelle der „einen wahren“ Repräsentation getreten. Karten werden nun als Thesen, als Produkte kollektiver Wissensproduktion und – vor allem – als Momentaufnahmen verstanden.

Literatur:

Jorge Luis Borges 1982:

Borges und ich. In: *Gesammelte Werke, Bd. VI.* München: Carl Hanser Verlag.

Joe Bryan 2010:

Walking the Line: Participatory Mapping, indigenous rights, and neoliberalism.
In: *Geoforum, Volume 42, Issue 1, January 2011, Pages 40-50.*

Joseph Conrad 2004:

Herz der Finsternis. München: Süddeutsche Zeitung Bibliothek.

Umberto Eco 1990:

Platon im Striptease-Lokal. Parodien und Travestien. München: Carl Hanser Verlag.

Foucault 2005:

Heterotopien – Les hétérotopies. Der utopische Körper – Le corps utopique. Zwei Radiovorträge. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Stephan Günzel 2008:

Spatial Turn – Topographical Turn – Topological Turn. Über die Unterschiede zwischen Raumparadigmen. In: örg Döring, Tristan Thielmann (Hrsg.): *Spatial Turn. Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften.* Bielefeld: Transcript. S. 219-237.

Charles Hale 2005:

Neoliberal Multiculturalism: The Remaking of Cultural Rights and Racial Dominance in Central America. In: *Political and Legal Anthropology Review*, . 28, No. 1, Pages 10-28.

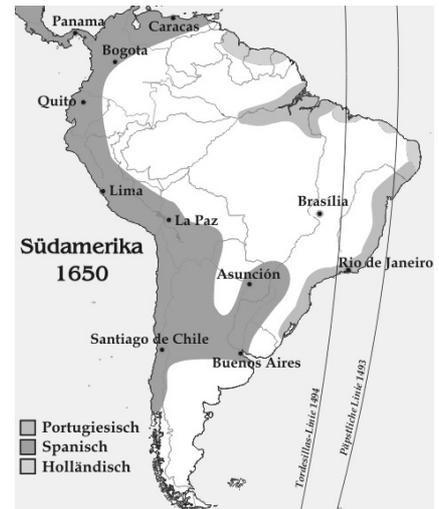
Arno Peters 1990:

Peters Atlas. Vaduz: Akademische Verlagsanstalt.

John Pickles 2004:

A History of Spaces. Cartographic reason, mapping and the geo-coded world. London & New York: Routledge.

- ¹ Gerhard De Kremer, latinisiert: Gerardus Mercator, 1512 – 1594, war ein niederländischer Mathematiker, Geograph, Philosoph, Theologe und Kartograf.
- ² Gerardus Mercator war der erste, der den bis heute gebräuchlichen Namen Atlas als Titel für eine Kartensammlung verwendete. Kurz nach seinem Tod (1595) erschien der von ihm geschaffene Atlas, sive Cosmographicae Meditationes de Fabrica Mundi et Fabricati Figura (Atlas, oder kosmografische Betrachtungen über das Weltgebäude und die Gestalt desselben).
- ³ Der Vertrag von Tordesillas kam 1494 auf Betreiben von Papst Alexander VI. zwischen den damals vorherrschenden Seemächten Portugal und Spanien zustande. Er sollte eine bewaffnete Konfrontation verhindern, indem er die Welt in eine portugiesische und eine spanische Hälfte aufteilte.
- ⁴ Auf Einladung der deutschen Regierung trafen am 15. November 1884 die Vertreter_innen der damaligen Kolonialmächte zur Berliner Afrika-Konferenz zusammen. Ihr Ziel war es, sich über die weitere Aufteilung und Ausbeutung Afrikas zu verständigen.
- ⁵ Im Exotismus erfolgt eine Projektion von allem Wünschenswerten aber Unerfüllten auf das „Fremde“. Verglichen mit der Xenophobie (=dem Fremdenhass) ist diese



Päpstliche Vermessenheit – die Aufteilung der Welt in eine spanische und eine portugiesische Hälfte
Quelle: Wikimedia

Reaktion nicht weniger problematisch, da tief eingeprägte Stereotypen gefestigt und gesellschaftliche Hierarchien fixiert werden.

⁶ Vgl. hierzu: Stephan Günzel 2008

⁷ Vgl. hierzu: <http://indiemaps.com/blog/2010/03/wild-bill-bunge/> (aufgerufen am 26.6.2011)

⁸ Vgl. hierzu: Charles Hale 2005

Von Grenzen und Karten

(ea) Seit über einem halben Jahr liefern sich Nicaragua und Costa Rica einen erbitterten Grenzstreit um drei Quadratkilometer Sumpfgelände im Mündungsgebiet des Río San Juan. Karten und deren Interpretation spielen dabei eine zentrale Rolle.

Politische Ereignisse aus Zentralamerika schaffen es selten in die deutsche Tagespresse. Anfang November 2010 war es jedoch wieder einmal so weit. Die *Welt* titelte am 09. November 2010 „Wegen Google: Nicaragua marschiert aus Versehen in Costa Rica ein“ und die *taz* berichtete zum gleichen Thema unter der Schlagzeile „Schöner streiten mit Google Maps“. Und das alles, weil Nicaragua im Mündungsbereich des Río San Juan, dem Grenzfluss mit Costa Rica, begonnen hatte, das Flussbett auszubaggern. Um zu verstehen, wie so etwas zu militärischer Konfrontation führt und was es mit Google zu tun hat, muss man etwas ausholen.

Als natürliche Verbindung zwischen Pazifik und Atlantik hatte der Río San Juan schon immer eine große Bedeutung. Er verbindet den Nicaraguasee, der nur durch eine schmale Landenge vom Pazifik getrennt ist, mit der Karibik. Deshalb gibt es in Nicaragua immer noch viele, die den in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstandenen Traum, diese geografischen Besonderheiten zu einem zweiten internationalen Kanal auszubauen und damit reich zu werden, weiter träumen. Aber die Wirklichkeit sieht heute anders aus. Der Río San Juan wird nur von kleinen Schiffen befahren und San Juan del Norte an der Karibikmündung liegt seit über 150 Jahren im Tiefschlaf. Damals, in den Jahren des kalifornischen Goldrauschs (1848–1854) hatte der Ort eine kurze Blütezeit erlebt. Es wimmelte dort von Menschen, als Tausende den Río San Juan als schnellste Verkehrsverbindung von der Ostküste der USA nach Kalifornien nutzten. Heute ist es ein verschlafenes Fischerdorf. Ein Aufwertungsversuch aus den letzten Jahren, die Umbenennung des Ortes in

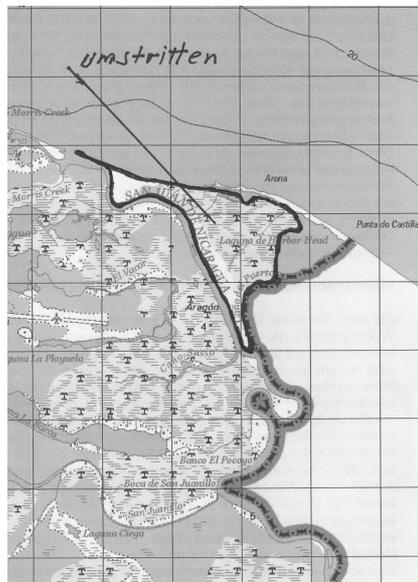


Mündungsdelta des Río San Juan

San Juan de Nicaragua, hat nichts gebracht, da sich damit an der ungünstigen Verkehrslage nichts geändert hat. Denn der Río San Juan teilt sich in mehrere Mündungsarme und San Juan de Nicaragua liegt zwar an dem Mün-

Sandbänken versperrt, die Ablagerungen im Flussbett bewirken und den Ort als Seehafen für größere Schiffe ungeeignet machen. Das waren die Gründe, die genannt wurden, als im Oktober 2010 die Baggerarbeiten im Mündungsbereich des Flusses begannen. Der Nachbar Costa Rica, mit dem Nicaragua erst 2009 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag (IGH) wegen Schifffahrtsrechten auf dem Río San Juan gestritten hatte, schaute misstrauisch zu.

Am 21. Oktober 2010 begann der Streit und eskalierte sehr schnell. Costa Rica protestierte in Managua, weil ausgebagertes Material angeblich auf seinem Territorium abgelagert wurde und schickte Grenzpolizei zur Beobachtung der Baggerarbeiten in die Gegend. Die Regierung Ortega erwiderte, dass es sich um nicaraguanischen Boden handele und schickte Soldaten zur „Bekämpfung des Drogenhandels“ dorthin. Costa Rica, das ja keine Armee hat, sah seine Souveränität verletzt und rief die OAS um Beistand an. Da der Kern des Konflikts in der Uneinigkeit der beiden Länder über den Grenzverlauf bestand, trafen sich die beiden Kontrahenten schließlich wieder einmal vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag. Am



Umstrittenes Gebiet
Quelle: INETER

dungsarm, der den Flussnamen trägt, zwei Drittel seines Wassers fließen aber durch den costaricanischen Río Colorado in die Karibik. Zudem wird die Mündung des Río San Juan von

18. November 2010 reichte Costa Rica dort Klage gegen Nicaragua ein, unter anderem mit der Forderung, Nicaragua das Baggern zu untersagen.

In der folgenden Auseinandersetzung erfuhren beide Regierungen leidenschaftliche Unterstützung aus breiten Schichten der Bevölkerung und keinerlei Kritik von der politischen Opposition. In Nicaragua wurden T-Shirts mit dem Aufdruck „Río San Juan 100 % nica“ zum Renner. Die Presse beider Länder, auch die normalerweise regierungskritische, ließ massenweise Expert_innen zu Wort kommen, die das Publikum mit den historischen Zusammenhängen vertraut machten und natürlich die jeweilige Regierungsposition unterstützten. In den Internetausgaben der Tageszeitungen La Prensa in Nicaragua und La Nación in Costa Rica wurden die Artikel zum Thema von einer Vielzahl an Kommentaren der Leser_innen begleitet. Diese strotzten von Patriotismus und manchmal von Beleidigungen der Nachbar_innen. Die nicaraguanische Nationalversammlung traf sich zu einer Sondersitzung am Río San Juan, wobei die Abgeordneten den Fluss einstimmig in San Juan de Nicaragua umtaufte.

Zurück ins Jahr 1858

Um den Standpunkt Nicaraguas zu verstehen, muss man weit zurück gehen bis in das Jahr 1858. Damals wurde der Vertrag Jerez-Cañas zwischen Nicaragua und Costa Rica abgeschlossen, der heute noch Rechtsgrundlage für den Grenzverlauf zwischen den beiden Ländern ist. Im Artikel II des Vertrages ist der Verlauf der über 300 km langen Grenze in zehn Zeilen beschrieben. Eine Karte dazu beinhaltet der Vertrag nicht. Ich weiß nicht, ob dies ein direkter Grund dafür war, dass es schon bald darauf zu Streitigkeiten und neuen Verhandlungen kam. Jedenfalls einigten sich die beiden Länder nach jahrelangen Auseinandersetzungen auf eine Schlichtung. So kam es 1888 zum Schiedsspruch durch den US-amerikanischen Präsidenten Cleveland, der im Wesentlichen die

Gültigkeit des Vertrages Jerez-Cañas bestätigt. Die Schlichtung durch Cleveland war natürlich nicht uneigennützig, sondern direkte Folge eines Vertrages aus dem Jahr 1884 zwischen den USA und Nicaragua, in dem der Ausbau des Río San Juan zu einem interozeanischen Kanal durch die USA beschlossen worden war.¹ Das Vorha-



Nicaraguanisches Baggerschiff „Souveränität“
Quelle: La Prensa

ben war auf heftigen Widerstand Costa Ricas gestoßen. Nach dem Schiedsspruch durch Cleveland versuchten die beiden Länder in einer gemeinsamen Kommission, die Grenze konkret festzulegen. Konflikte, die dabei in den Jahren 1896 bis 1899 auftraten, wurden von dem US-amerikanischen Ingenieur E. P. Alexander in vier Fällen geschlichtet.² An verschiedenen Stellen des Textes von Alexander zeigte sich ein Problem, das auch heute noch Schwierigkeiten macht: die Wasserläufe und Küstenlinien im Mündungsbereich des Río San Juan verändern sich ständig. Zum Beispiel beschäftigte sich Alexander in seinem ersten Schiedsspruch ausführlich mit der Stelle Punta de Castillo an der Karibikküste. So wurde in dem Vertrag Jerez-Cañas die Stelle bezeichnet, an der die Grenze auf die Küste trifft. Alexander legte dar, dass es keinerlei Karten gäbe, in denen solch ein Name auftauche, und kam nach langen Darlegungen zu dem Schluss, dass die Stelle inzwischen vom Meer überschwemmt worden sein müsse. Die

Dokumente von Alexander, die neben dem Vertrag Jerez-Cañas und der Schlichtung durch Cleveland die rechtliche Basis für den Grenzverlauf zwischen den beiden Ländern bilden, hat man in Nicaragua anscheinend jetzt noch einmal genau studiert und behauptet nun, den dort als Teil der Grenze beschriebenen „ersten Kanal“

im Mündungsbereich des Río San Juan wiedergefunden zu haben und diesen jetzt reinigen und ausbaggern zu wollen. Die Wiederentdeckung dieses „ersten Kanals“ bedeutet aber eine Änderung des augenblicklichen Grenzverlaufes: ungefähr drei Quadratkilometer Sumpfgelände würden nicht mehr zu Costa Rica, sondern zu Nicaragua gehören (siehe Karten).

Google Maps

Eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung spielte Edén Pastora, der Regierungsbeauftragte im Ausschuss für die Entwicklung des Río San Juan. Seine Hauptaufgaben seit seiner Ernennung durch Daniel Ortega im Jahr 2008 waren Planung und Durchführung der Baggararbeiten im Río San Juan. Berühmt ist Edén Pastora in Nicaragua schon seit langem. 1978, im letzten Jahr der Somozadiktatur, gelang einer Guerillagruppe ein tollkühner Überfall auf den Nationalpalast in Managua. Edén Pastora war unter dem Namen „Comandante Cero“ Anführer

der Gruppe. 25 Männer und eine Frau waren am helllichten Tag in eines der belebtesten Gebäude der Stadt marschiert, hatten Geiseln genommen und erreichten die Freilassung von 50 Gefangenen und die Ausstrahlung eines Manifestes der FSLN im Radio, ehe sie mit einer halben Million US-Dollar nach Panama ausgeflogen wurden. Das Ganze war so fantastisch, dass Gabriel García Márquez sich mit der Gruppe in Panama traf und aus ihrem Bericht einen Zeitungsartikel machte³. Auch das weitere Leben Edén Pastoras, in dem der Río San Juan und Costa Rica eine große Rolle spielten, verlief so, dass man meinen könnte, es sei einem Roman des kolumbianischen Dichters entsprungen. Nach dem Triumph der Revolution 1979 wurde Pastora Vizeminister des Inneren. Doch schon nach zwei Jahren überwarf er sich mit der Führung der FSLN, ging nach Costa Rica und wurde dort militärischer Kopf der Contra-Organisation ARDE. Im April 1984 eroberte ARDE den Ort San Juan del Norte und rief die Freie Republik San Juan del Norte aus, welche aber nur ein paar Tage bestand. 1986 trennte Pastora sich von der Contra, bekam politisches Asyl in Costa Rica und lebte dort vom Fischfang. 1989 kehrte er nach Nicaragua zurück und versucht sich seither erfolglos als Politiker. Er kandidierte zweimal bei Präsidentschaftswahlen und einmal bei den Bürgermeisterwahlen für Managua. Im Jahr 2001 in großen finanziellen Schwierigkeiten trat er an die Öffentlichkeit mit dem Angebot, „alles zu verkaufen“⁴. Herausragende Objekte seines Angebotes waren „sein kleines afrikanisches Haustier, ein Löwe mit dem Namen Simba“ und eine „Rolex Uhr, die bei der Besetzung des Nationalpalastes angeeignet wurde“. Ob seine finanziellen Schwierigkeiten mit seinen 21 Kindern und seinen vier Ehen zu tun hatten oder damit, dass er sich mit seinen politischen Ambitionen finanziell übernommen hatte, erklärte er nicht.

In den Novemberwochen 2010 hat Pastora kaum eine Gelegenheit zu einem patriotischen Interview ausgelassen. Er war es auch, der die Geschichte mit Google Maps ins Rollen brachte. In einem Interview mit der costaricanischen Zeitung La Nación meinte

er, wenn jemand Zweifel am Grenzverlauf habe, dann empfehle er ihnen, bei Google nachzusehen, „dort kann man die Grenze sehen.“⁵ Google reagierte schnell darauf, schlug sich auf die Seite Costa Ricas und erklärte, dass der bei ihnen dargestellte Grenzverlauf, der exakt dem entsprach, was Nicaragua für richtig hält, fehlerhaft sei. Ursache des Fehlers waren laut Google pikanterweise die Daten, die das US-Außenministerium zur Verfügung gestellt hatte.⁶ Ein paar Wochen später wurde der Grenzverlauf geändert und Costa Rica triumphierte.

Beide Regierungen legten der Öffentlichkeit Weißbücher vor, in denen behauptet wird, dass die Wahrheit über den Gegner enthalten wäre. Der nicaraguanische Text fiel dadurch auf, dass sehr viele Großbuchstaben verwendet werden. Ansonsten beschränkte er sich darauf, die Behauptungen Costa Ricas als falsch zu bezeichnen: COSTA RICA BEHAUPTET, DASS NICARAGUA MILITÄRISCH IN SEIN TERRITORIUM EINGEFALLEN WÄRE – FALSCH!⁷ Costa Ricas Weißbuch war ergiebiger. Man konnte ihm klar entnehmen, was Nicaragua vorgeworfen wurde.⁸ Außerdem ist der Grenzverlauf zu sehen, so, wie ihn Costa Rica für richtig hält⁹ und wie er seit über einem Jahrhundert auch immer in den offiziellen Karten Nicaraguas dargestellt worden war. Allerdings nur bis zum 1. Februar 2011: an diesem Tag veröffentlichte das Nicaraguanische Institut für Territoriale Studien INETER eine neue Karte, die jetzt die Grenze so zeigt, wie Nicaragua sie seit November 2010 beansprucht.¹⁰ Dieser Vorgang wirkt etwas suspekt. In den Verhandlungen in Den Haag hat Nicaragua folgende Erklärung dafür abgegeben: Erst mit der Vorbereitung der Baggararbeiten habe sich Nicaragua ernsthaft mit dem Grenzverlauf beschäftigt. Seit den Tagen des Schiedsspruches von Alexander sei der Grenzverlauf in neuen Karten immer nur übernommen worden und alle Karten trügen deshalb

den Vermerk „Nicht im Gelände überprüft“.¹¹

Die Verfügung des IGH

Am 8. März 2011 erließ der IGH eine Verfügung, die vor allem darauf bedacht war, die Spannungen zwischen den beiden Kontrahent_innen abzumildern. Am wichtigsten war es dem Gericht, die beiden Länder darauf zu verpflichten, weder Militär noch Polizei in das umstrittene Gebiet zu schicken.¹² Das vom IGH veröffentlichte Dokument lässt erkennen, welche große Bedeutung die beiden Kontrahent_innen Karten als Beweisstücke für ihre Interpretation der Verträge und Schiedssprüche zusprechen. Costa Rica verweist natürlich auf seine eigene offizielle Karte und die von Nicaragua (vor dem 1. Februar 2011), aber auch auf Karten, die „während der Zeit der Schiedssprüche gezeichnet worden sind“. Die Existenz des von Nicaragua wieder entdeckten natürlichen Kanals bestreitet Costa Rica und behauptet stattdessen, dass es sich dabei um einen Wasserarm handele, den „Nicaragua künstlich auf dem Gelände von Costa Rica angelegt hätte“. Nicaragua versucht natürlich, die Existenz dieses „natürlichen Kanals“ zu beweisen und hat dazu „verschiedene Karten und



In Nicaragua verkauftes T-Shirt: „Auch wenn es dich schmerzt Ticolein, der Río San Juan ist Nica“
Quelle: Ökumenisches Büro

Satellitenaufnahmen“ vorgelegt. Das Gericht hat sich in seiner Beurteilung des Grenzverlaufs nicht festgelegt und nur von dem umstrittenen Gebiet gesprochen.

Was beweisen Karten und wie werden sie produziert?

Beide Länder beziehen sich auf dieselben oben erwähnten Verträge und Schiedssprüche und versuchen, ihre Deutung dieser Texte mit Karten zu untermauern. Selbstverständlich verwenden sie dabei unterschiedliche Karten, zeigen die verschiedenen Karten unterschiedliche Dinge, oder sie können sehr unterschiedlich interpretiert werden. Es ist natürlich nichts Neues, dass Karten sich dazu eignen, Interessen zu verfolgen und dass auch bei ihrer Anfertigung massive Interessen im Spiel sind. Aber es ist vielleicht ganz interessant, dazu einen Blick in die Geschichte der Kartografie in Nicaragua zu werfen.¹³ Dabei fällt auf, dass es von Anfang an eine starke Verstrickung von Kartografie und militärischen Interessen gab. Karten von Nicaragua sind im 19. Jahrhundert sehr wenige entstanden. Die wichtigste Karte, die des Deutschen Maximilian von Sonnenstern aus dem Jahre 1858, war ein halbes Jahrhundert lang die offizielle Karte Nicaraguas. Sie wurde von der Regierung in Auftrag gegeben, um die nationale Identität des jungen Staates zu fördern.¹⁴ Sonst gab es nicht viel mehr als ein paar Karten von Küstenverläufen und vom Río San Juan, die von Europäer_innen und US-Amerikaner_innen angefertigt wurden. Sie entstanden im Rahmen der militärischen Interessen Europas und der USA und im Zusammenhang mit den Plänen des Kanalbaus durch Nicaragua. Eine staatliche Institution, die sich mit Kartografie beschäftigte, entstand in Nicaragua erst nach dem zweiten Weltkrieg. 1946 wurde unter Anastasio Somoza das Büro für Geodäsie von Nicaragua gegründet, dessen Hauptaufgabe es war, eine neue Karte von Nicaragua zu erstellen. Angeregt und finanziert wurde dieses Büro von einer Unterorganisation des US-Militärs, der Inter-American Geodetic Survey (IAGS). Die IAGS wurde nach dem 2. Weltkrieg gegründet, um in ganz Lateinamerika solche Projekte zu verfolgen. In dem Buch „Historia de la Geodesía y la Cartografía en Nicaragua“ wird dazu aus dem damaligen Schriftwechsel zitiert, der sehr deutlich das Interesse der USA zeigt und bezeichnenderweise geheim war und

erst in der heutigen Zeit mit diesem Buch an die Öffentlichkeit gelangte. In einem Schreiben der IAGS, das der nicaraguanischen Regierung die Schaffung einer neuen Karte vorschlägt, werden zuerst die sich daraus für Nicaragua ergebenden Vorteile – wirtschaftliche Entfaltung und bessere Kenntnis des Landes – gepriesen. Dann heißt es klar: „Die geplante Karte ist notwendig für unsere eigene Verteidigung und die Verteidigung dieses Teils des Kontinents.“ Die Vermessungsdaten wanderten dann auch konsequenterweise in die Archive des US-Militärs.

Worum geht es wirklich zwischen Nicaragua und Costa Rica?

Dass es sich um eine Art Missverständnis handelt, wie die erwähnte deutsche Schlagzeile „Nicaragua marschiert aus Versehen in Costa Rica ein“ suggeriert, kann man mit Sicherheit ausschließen. Der Konflikt wurde bewusst von Nicaragua provoziert und Costa Rica ist mit Inbrunst darauf eingegangen. Und dass es nicht wirklich um den lächerlichen Sumpf geht, hat bei einer Verhandlungsrunde in Den Haag der nicaraguanische Verhandlungsführer zum Ausdruck gebracht: „Der vorgebliche Anlass ist ein Streit über ein Sumpfgebiet von weniger als drei Quadratkilometern Größe im Mündungsgebiet des Río San Juan. Eines steht aber fest: das wirkliche Ziel dieses Konfliktes ist es, jeden Versuch Nicaraguas zu unterbinden, den Río San Juan, und sei es noch so geringfügig, auszubaggern und zu säubern.“¹⁵ Darum geht es: um das allgemein verbreitete Gefühl der Nicaraguaner_innen, von Costa Rica, von den Ticos, betrogen zu werden. Das hat sicher mit den Erfahrungen der mehr als eine halbe Million Nicaraguaner_innen zu tun, die als Migrant_innen in Costa Rica leben. Wenn es in Costa Rica Konflikte gibt, wenn etwas gestohlen wird, dann sind sie zuerst verdächtig. Aus solchen Quellen speist sich die blinde Unterstützung der nicaraguanischen Regierung. Und diese hat damit recht erfolgreich Politik gemacht. Der geschickte Taktiker Daniel Ortega hatte die Gunst der Stunde erkannt und brachte im No-

vember 2010 einem Dringlichkeitsantrag in die Nationalversammlung ein. Es waren Gesetzesinitiativen in den Bereichen Verteidigung, nationale Sicherheit und für eine striktere rechtliche Regelung der Staatsgrenzen. Gemeinsame Tendenz der Initiativen war ein offensichtlicher Machtzuwachs beim Militär und beim Präsidenten. Am 14. Dezember 2010 stimmte die Nationalversammlung den Gesetzen mit großer Mehrheit zu. Vor allem nützt der Konflikt mit dem Nachbarn Daniel Ortega bei seinem Vorhaben, sich im Dezember dieses Jahres wieder zum Präsidenten Nicaraguas wählen zu lassen. Patriotische Reden und es dabei den Ticos einmal so richtig zeigen, das lässt sich bestimmt in Wähler_innenstimmen umsetzen.

Das Interesse Costa Ricas ist vor allem ein Wirtschaftliches. Das Ausbaggern des Mündungsarms des Río San Juan zur Verbesserung der Schiffbarkeit wird mit Sicherheit die Wassermenge, die jetzt durch den Río Colorado fließt, verringern. Die nicaraguanische Regierung behauptet, dass im Augenblick 90 Prozent nach Costa Rica fließen und will den ursprünglichen Zustand von einem Drittel zu zwei Dritteln wieder herstellen. Das hätte natürlich Konsequenzen für Tourismus und Landwirtschaft am Río Colorado.

Nach den Präsidentschaftswahlen in Nicaragua im November 2011 wird der Grenzkonflikt sehr schnell von der politischen Agenda verschwinden, bzw. nur noch in Den Haag vor sich hin plätschern. Aber noch ist es nicht so weit. Noch ist Wahlkampf. Deshalb kann man auch von bilateralen Verhandlungen noch keine großen Ergebnisse erwarten. Aber begonnen haben sie schon. Im April trafen sich Delegationen von Nicaragua und Costa Rica in Peñas Blancas, dem wichtigsten Grenzübergang zwischen den beiden Ländern. Die beiden Delegationen saßen sich gegenüber, jede im eigenen Land, zwischen sich die hier unumstrittene gemeinsame Grenze und kamen zu dem einzigen Ergebnis, dass sie sich wieder treffen würden.

¹ Der Zavala-Frelinghuysen Kanal-Vertrag vom 1. Dezember 1884 trat nie in Kraft, weil er vom US-amerikanischen Kongress nicht ratifiziert wurde. <http://archivadorvirtual>

.com/historia/hechos-historicos-de-nicaragua/el-general-joaquin-zavala-solis-tras-la-suscripcion-del-tratado-zavala-frelinghuysen-2/

- ² Erster Schiedsspruch von E. P. Alexander http://untreaty.un.org/cod/riaa/cases/vol_XXVIII/215-222.pdf
- ³ Gabriel García Márquez, *Asalto al Palacio Nacional* <http://www.textosypretextos.com.ar/Asalto-al-Palacio-Nacional>
- ⁴ <http://archivo.elnuevodiario.com.ni/2001/enero/07-enero-2001/nacional/nacional6.html>
- ⁵ <http://www.nacion.com/2010-11-04/EIPais/NotasSecundarias/EIPais2577867.aspx>
- ⁶ Regarding the boundary between Costa Rica and Nicaragua, Friday, November 5, 2010 <http://google-latlong.blogspot.com/2010/11/regarding-boundary-between-costa-rica.html>
- ⁷ Die Wahrheiten, die Costa Rica verheimlicht. <http://www.cancilleria.gob.ni/diferendos/VerdadesQueCostaRicaOcultawebVersion.pdf>
- ⁸ Die Wahrheit über Eindringen, Besetzung, Benutzung und Schaden am costaricanischen Territorium seitens Nicaragua. http://www.asamblea.go.cr/Diputadas_Diputados/Sitio_Fraccion_Liberacion_Nacional/Boletn%20La%20Voz%20Liberacionista/NOVIEMBRE%202010/LA_VERDAD_CR_%28Par.pdf
- ⁹ Darstellung des umstrittenen Gebiets in der offiziellen Karte Costa Ricas http://www.mapasdecostarica.info/completas/hojas/123_punta_castilla.htm
- ¹⁰ Darstellung des umstrittenen Gebiets in der offiziellen Karte Nicaraguas <http://www.ineter.gob.ni/images/stories/mapas/harbor-head/tn/topog-50k-tn.jpg>
- ¹¹ <http://www.icj-cij.org/docket/files/150/16284.pdf> S. 11 20.
- ¹² Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 8. März 2011 <http://www.icj-cij.org/docket/files/150/16324.pdf>
- ¹³ *Historia de la Geodesia y la Cartografia en Nicaragua*, Orient Bolívar Juárez, Ediciones Jano, 2010
- ¹⁴ Ein Jahr später, 1859, fertigte Sonnenstern auch eine Karte für die Regierung von El Salvador an. <http://www.elicaro.com/historia/mapa-de-el-salvador-1859/>
- ¹⁵ <http://www.icj-cij.org/docket/files/150/16284.pdf> S. 8 4.

Der kartographierte öffentliche Raum

Künstlerisches Mapping als Strategie zur Repräsentation sozialer und politischer Prozesse

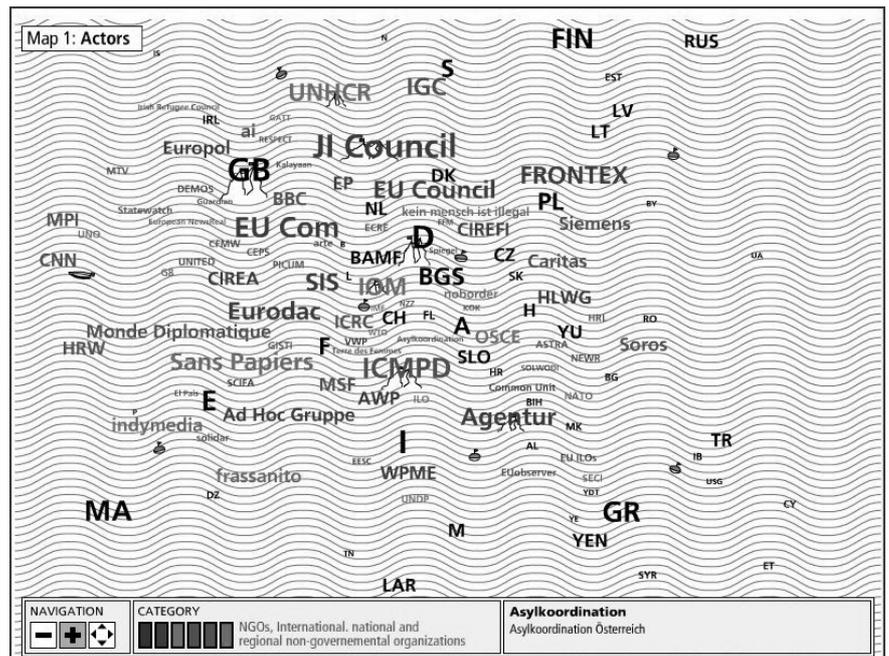
Von Peter Spillmann

*Draw an imaginary map.
Put a goal mark on the map where you want to go.
Go walking to an actual street according to your map.
If there is no street where it should be according to the map, make one by putting the obstacles aside.
When you reach the goal ask the name of the city and give flowers to the first person you meet.
The map must be followed exactly or the event has to be dropped altogether.
Ask your friends to write maps. Give your friends maps.*

Yoko Ono¹

Als Strategie gegen die dominante Ordnung des Kapitalismus forderten die Situationisten im Vorfeld der 1968er Bewegungen die konsequente Hinwendung zum Alltag. Absichtslose Streifzüge durch die Straßen und

Quartiere von Paris war die von ihnen bevorzugte Praxis, um das reibungslos funktionierende Spektakel der Stadt-Maschine zu sabotieren und die Routinen der Wahrnehmung zu untergraben. Im ziellosen Umherschweifen nimmt das Geschehen im Raum laufend überraschende Wendungen, bilden Fragmente des Alltags – vielleicht vergleichbar mit der Montage beim Film – ständig neue Bedeutungen. Auf den von Guy Debord gestalteten Karten wird die Stadt zur Collage frei kombinierbarer Schnipsel unterschiedlicher Pläne, die mit roten Pfeilen andeutungsvoll in Bezug zueinander und in Bewegung versetzt sind.² Auch ein weiterer Mitbegründer der Situationistischen Internationale, der Künstler und Architekt Constant [Nieuwenhuis], benutzte in den 1960er Jahren Stadtpläne von Paris, Brüssel und Amsterdam, um eine Vision der



MigMap - Governing Europe. Mapping European Politics on Migration
Map 1: Actors

Stadt der Zukunft darzustellen. Seine Pläne zeigen rhizomartig verästelte Strukturen entlang bestimmter Verkehrsachsen oder Geländestrukturen, wo sich die Stadt verdichtet und von mehrschichtigen Nutzungen überlagert wird, während die homogenen Flächen dazwischen an Bedeutung verlieren. Constants New Babylon organisiert sich entlang von Beziehungen, Kontakten und Informationsflüssen. Scheinbar objektive Strukturen wie Peripherie und Zentrum verlieren jegliche Bedeutung. Die territoriale Integrität, durch die sich Staaten, Bezirke und Städte auf ihren Gebieten gleichsam naturalisiert haben, löst sich in den subjektiven und partikularen Interessen auf. Das Nebeneinander von völlig gegensätzlichen individuellen Realitäten, die letztlich unkontrollierbaren und unbekanntes täglichen Verrichtungen und Entscheidungen von Millionen von Menschen stellt auch Michel de Certeau ins Zentrum seiner Überlegungen zur Kunst des Handelns.³ Die unzähligen geheimen Taktiken des Gebrauchs, der Umnutzung und Umdeutung, von denen das tägliche Handeln der Einzelnen in der Masse geprägt ist, stellt letztlich jeden Masterplan in Frage.

Das zunehmende Interesse an Karten und Strategien des Mappings in der Kunst seit den 1960er Jahren ist denn auch Ausdruck eines sich radikal verändernden Blicks auf Stadt, städtischen Raum und Landschaft, wo soziale und politische Dimensionen und Prozesse ins Zentrum des Interesses rücken. Die französische Künstlergruppe „Bureau d'études“ versucht seit 2002, die den öffentlichen, gesellschaftlichen Raum durchdringenden Systeme und Prozesse der Globalisierung in Karten zu erfassen. Die einzelnen Pläne bilden zum Beispiel Netzwerke von großen Konzernen ab, zeichnen den globalen Komplex der Finanz-, Medien- oder Bioindustrie nach oder stellen die komplexen Zusammenhänge von Gruppen und Initiativen, die in der Anti-Globalisierungsbewegung aktiv wurden, dar.⁴ Die Mappings von „Bureau d'études“ sind aber nicht in erster Linie als Orientierungshilfe in realen sozialen Beziehungsnetzen oder Topographien der Macht gedacht, ihre

Stärke liegt vielmehr darin, neue diskursive Zusammenhänge darzustellen, Themen zu setzen und verhandelbar zu machen. Eine Karte von 2008 handelt etwa vom *Complex of the self* und stellt die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Doubles wieder her, die von uns in den unterschiedlichsten Sphären von der Verwaltung über das Gesundheitswesen und den Konsum bis zur Telekommunikation existieren und ihr Eigenleben führen.⁵

Karten können nicht einfach nur als Bild betrachtet oder als Text gelesen werden, da sie sowohl über die visuell gestalterische Qualität von Bildern als auch über die semiotisch narrative Struktur von Texten verfügen. Karten müssen interpretiert werden. Um Karten lesen zu können, braucht es allerdings die Kenntnisse der sozialen und politischen „Grammatiken“, die sich hinter den verwendeten Zeichen und Symbolen verbergen. Christine Buciu-Glucksmann beschreibt Karten als ein Modell eines sehenden Wissens. „Gedruckt, gezeichnet, gemalt, als Kunstwerk oder strategisches Objekt ist die Karte gleichzeitig multifunktional und multitemporal, eine nicht-hierarchische Verzweigungsstruktur, in der Lokales mit Zentralem, Gedächtniskunst mit Handlungsverläufen koexistieren.“⁶ Auf Grund ihrer ambivalenten Natur in Erscheinung und Praxis, zwischen Information und Gebrauch eignen sich Karten also ganz besonders als künstlerische Strategie zur Repräsentation komplexer gesellschaftlicher Räume.

Bei den zahlreichen künstlerischen und aktivistischen Mappings, die in den letzten Jahren entstanden sind, nehmen *Protest Maps* eine zentrale Stellung ein. Durch das Einschreiben von zusätzlichen Informationen und die Darstellung von sonst verborgenen Zusammenhängen sind die Karten dazu gedacht, neue Einsichten und Erkenntnisse zu vermitteln und das Verhalten zu verändern. „Big Brother Awards Schweiz“ produzierte 2004 eine Karte von Überwachungskameras in Zürich mit Schwerpunkt Zürich Aussersihl und Hauptbahnhof Zürich. Die Karten können online eingesehen oder heruntergeladen und ausgedruckt zum praktischen Mitnehmen gefaltet werden.⁷

In einer Form von militanter Kartierungspraxis versuchte die aktivistische Künstlergruppe „Gruppen de Arte Callejero“ aus Argentinien mit ihren Stadtplänen, auf denen die Adressen von nie zur Rechenschaft gezogenen Massenmördern aus der Zeit der Diktatur markiert sind, gezielt die Bevölkerung einzelner Stadtteile für politische Aktionen zu mobilisieren. „Karten erstellen ist eine Aktion der Erkenntnis; es kann eine Wissens-erweiterung sein, ein Werkzeug zur Aneignung und Beherrschung, eine Denunziation, ein Plan zur Sabotage, eine Form der Verheimlichung und anderes.“⁸

Auch in den *sans papiers cartographies* werden das strategische Potential von Karten und der Anspruch der Sichtbarmachung von spezifischem Wissen eines Netzwerks von Akteuren auf gelungene Art und Weise miteinander verbunden. Die zentrale, in den Plan von Paris eingeschriebene „axe du pouvoir“ – schematisch als ein Pfeil dargestellt, auf dem sich Monumente des französischen Empire von Notre Dame über die Pyramide du Louvre und den Arc de Triomphe bis zum Schloss Versailles aneinander reihen – wird symbolisch durchkreuzt von den Demonstrationen der Sans-Papier-Bewegung und umzingelt von ihren Kirchenbesetzungen, die auf der interaktiven Karte wahlweise angezeigt werden können.⁹

Während die von KünstlerInnen geschaffenen Karten der 1960er und 1970er Jahre dazu dienten, die auf dem Plan der Zeit rational und übersichtlich erscheinende Realität durch individuelle Eintragungen und Überschreibungen zu verwischen, steht bei Mapping-Strategien, wie sie in den letzten Jahren in künstlerischen und aktivistischen Projekten häufig eingesetzt werden, der Prozess einer kollektiven Organisation und strategischen Darstellung von Informationen im Zentrum. Beide Ansätze basieren auf einem kritisch reflektierten Verhältnis gegenüber der Kartografie und ihren Techniken der Darstellung. Das künstlerische Mapping ist demnach eine Methode, eine Technik der Analyse und der strategischen Repräsentation. Die kontinuierliche Arbeit an der Anordnung von Informationen, Hinweisen und Geschichten durch Reihun-

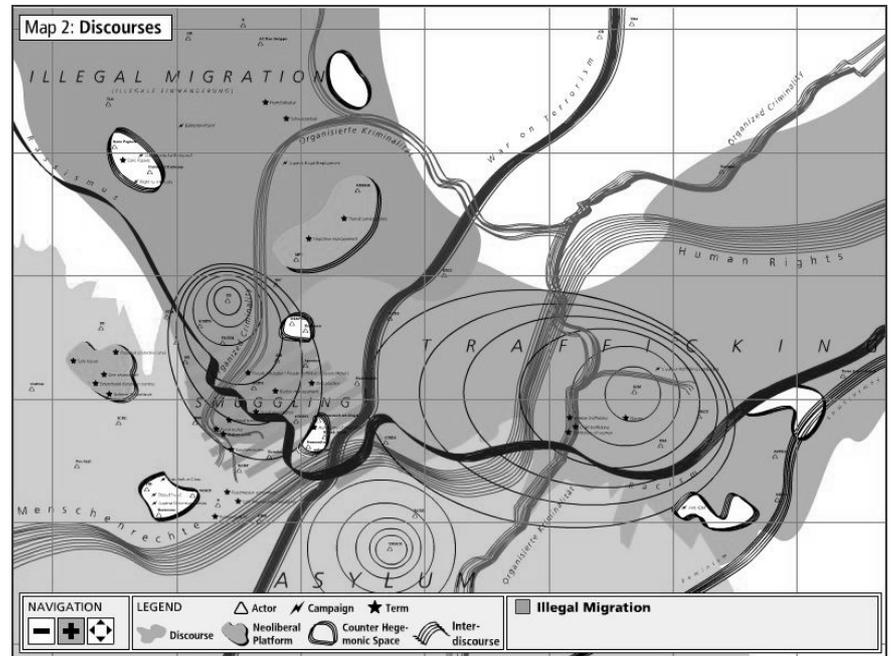
gen, Schichtungen, Vernetzungen, Kategorisierungen, Gewichtungen und Ins-Verhältnis-Setzen erlaubt andere Formen der Vergegenwärtigung von Ereignissen und Zusammenhängen. Als Prozesse der Wissensproduktion in Kooperation zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen ermöglichen Mappings die gemeinsame Aushandlung von Begriffen, Bildern, Bezeichnungen und Bedeutungen. Dabei entsteht eine Art Koordinatensystem, an dem sich zukünftiges Handeln orientieren kann. Ergebnisse von Mappings sind strategische Darstellungen, Kontextualisierungen von Wissen, in denen die dargestellten Zusammenhänge auch über den Kreis der involvierten ExpertInnen hinaus zur Disposition gestellt und verhandelbar gemacht werden. Viele dieser Kartierungen entwickeln und erneuern sich quasi selbständig in einem kollaborativen, kommunikativen Forschungs- und Entwicklungsumfeld, das sich innerhalb und außerhalb der Neuen Medien generieren und erweitern lässt.

Das Projekt *MigMap – Governing Migration* wurde 2004 – 2006 in einer interdisziplinären Zusammenarbeit von KulturproduzentInnen aus dem „Labor k3000“ und einem Team von SoziologInnen, PolitologInnen und KulturwissenschaftlerInnen der Uni Frankfurt entwickelt und realisiert. Ziel war es, die bis dahin kaum erfassbaren Strukturen und Funktionsweisen einer zunehmend europäisierten Migrationspolitik anschaulich und verhandelbar zu machen. Mapping wurde dabei zugleich als Arbeitsmethode als auch als Visualisierungs- und Vermittlungsstrategie verwendet.¹⁰ Erst durch den Versuch, einzelne Aspekte des neuen Regimes darzustellen, ergaben sich auch die definitiven Forschungsfragen und Kriterien für die Recherche. Die entstandenen Maps schließlich haben eher den Status von Thesen, die seither in unterschiedlichsten akademischen und aktivistischen Kontexten aufgegriffen, weiterdiskutiert und weiterentwickelt worden sind.

Die Konjunktur von Mappings im aktivistischen, kulturellen und kulturwissenschaftlichen Umfeld muss auch parallel zur Entwicklung von elektronischen Mappingssystemen und

Navigationstools gesehen werden. Die „neue Macht“ der Karten im Internet basiert auch auf den vereinfachten technischen Möglichkeiten, beispielsweise indem elektronische geografische Daten (GIS – Geographic Information System) mit beliebigen Informationen und statistischen Daten kom-

Fähnchen markieren den Ort, wo ein Diebstahl, ein Überfall, ein Mord oder eine Vergewaltigung passiert ist. In maximaler Zoomauflösung kann die Internetöffentlichkeit verfolgen, wie sich die leeren Strassen Chicagos langsam aber sicher mit den bunten Fähnchen des Verbrechens füllen.¹¹



MigMap – Governing Europe. Mapping European Politics on Migration
Map 2: Discourses

binert werden. Während die Projektion von statistischen Daten zu beispielsweise der Bevölkerungsentwicklung und den Einkommensverhältnissen auf bestimmte Territorien (z. B. Bezirke, Gemeinden oder Stadtteile) immer schon den unheimlichen Effekt zeigte, durch Darstellung flüchtige und punktuelle Erhebungen in faktische Verhältnisse zu transformieren, bieten die neuen, datenbank- und netzwerkgestützten Technologien nun zusätzlich die Möglichkeit, gleichsam live zu verfolgen, wie sich beispielsweise das BIP einer bestimmten Nachbarschaft verändert. Der elektronische Stadtplan kann im Prinzip alles gleichzeitig leisten, er zeigt den Weg, gibt Einkaufstipps, informiert über Sitten und Bräuche der Bewohner und warnt, wenn ein Gebiet betreten wird, das eine deutlich überdurchschnittliche Kriminalitätsrate aufweist. Auf der Website von „EveryBlock Chicago“ kann jederzeit nachgesehen werden, wo in den letzten 24 Stunden ein Verbrechen stattgefunden hat. Kleine

Deutlich reflektierter positioniert sich da ein Kartierungs-Projekt, das die Künstlerin und Musikerin Michaela Melián im Rahmen eines Kunstwettbewerbs der Stadt München zu *Opfer des Nationalsozialismus – Neue Formen des Erinnerns und Gedenkens* 2008 realisiert hat. *Memory Loops* ist ein virtuelles Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Über eine Webseite können zu mehreren hundert Adressen und Orten in der Stadt München authentische Berichte aus der Zeit in Form von kurzen Audioloops abgerufen werden. Zitate aus Zeitungsartikeln und Radiomeldungen, Passagen aus Briefen und Notizen, nachgesprochen mit Stimmen von Kindern und Jugendlichen, führen die HörerInnen mitten in den beklemmend normalen städtischen Alltag nationalsozialistischer Ideologie.¹²

Datenbankgestützte partizipative Mappingansätze, beispielsweise durch die Verwendung von „Participatory GIS (PPGIS)“ und Internet, eröffnen künstlerischen und aktivistischen Stra-

tegien, die dezidiert an einer Multiakteursperspektive interessiert sind, ganz neue Perspektiven. Im Internetprojekt *This was Tomorrow* von „Labor k3000“ findet das Mapping von Städten Europas und Nordafrikas durch das Zusammentragen von Videos statt, die die BewohnerInnen von Großsiedlungen, die in den 1960er und 1970er gebaut wurden, online gestellt haben und damit über ihren Alltag in den von Politik und Medien oft abgewerteten und problematisierten Stadtteilen berichten.¹³ Die BewohnerInnen mit ihren vielfältigen Taktiken der Aneignung und des Gebrauchs haben längst ihre eigenen Antworten auf Anrufungen durch technokratische Planungen gefunden. In den ursprünglich möglichst rational und übersichtlich gestalteten Masterplan der Moderne hat sich eine nicht mehr überschaubare Vielfalt von Kulturen und Ausdrucksformen eingeschlichen und das Urbane von Innen heraus neu definiert; ein wenig so, wie sich die Situationisten in ihren Abschweifungen die Stadt von morgen auszumalen versucht haben.

Der Text wurde im Magazin No.1, April 2011 der Hochschule Luzern - Design&Kunst zum Thema „Urban.Art.Marks – Kunst erforscht den Raum der Stadt“ erstabgedruckt.

¹ Yoko Ono, *Map Piece*. 1962.

² G. - E. Debord, *Naked City - Illustration de l'hypothèse des plaques tournantes en psychogéographique*, 1957.

³ Michel De Certeau, *Kunst des Handelns*. Merve Berlin, 1988.

⁴ <http://bureaudetudes.org>

⁵ <http://bureaudetudes.org/files/2010/01/SelfEconomy2008.pdf>

⁶ Christine Buci-Glucksmann, *Der kartographische Blick der Kunst*. Merve Berlin 1997, S. 30.

⁷ <http://www.bigbrotherawards.ch/doc/cctv/html/index.html>

⁸ www.exargentina.org/Kongress/Kartographie.Grupo.de.Arte.Callejero:Kartographische.Überlegungen.I,

21.09.2004.

⁹ <http://www.moneynations.ch/cartographes/dossier/>

¹⁰ <http://www.transitmigration.org/migmap>

¹¹ <http://chicago.everyblock.com>

¹² <http://www.memoryloops.net>

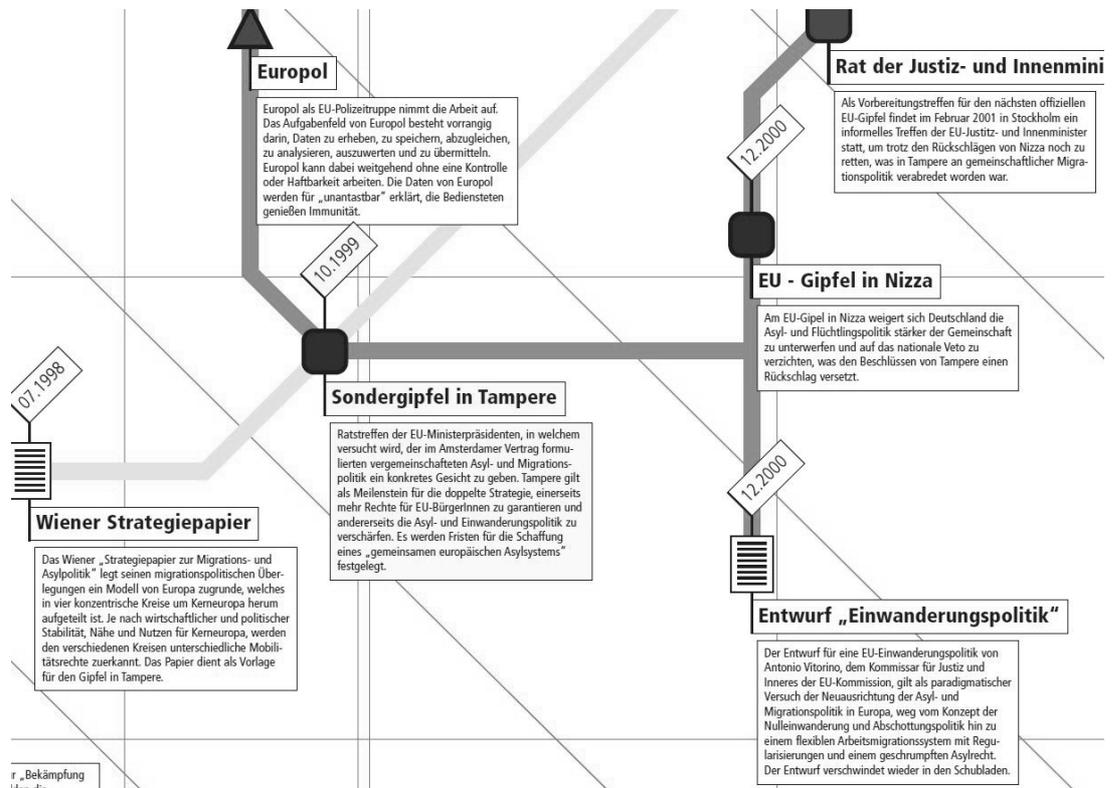
¹³ <http://www.this-was-tomorrow.net>

MigMap - Governing Europe. Mapping European Politics on Migration

Map 3: Europeanisation (Ausschnitt)

Für alle Abbildungen: Labor k3000 in collaboration with TRANSIT MIGRATION

www.transitmigration.org/migmap



Peter Spillmann studierte Kunst und arbeitet seither als Kulturproduzent, Künstler und Ausstellungsmacher. Er ist Mitbegründer kollaborativer Plattformen wie Labor k3000 Zürich und Center for Post-Colonial Knowledge and Culture (CPKC) Berlin, kuratierte eine Reihe von Ausstellungen und unterrichtet und forscht an der Hochschule Luzern – Design & Kunst. Themen sind Transnationalisierung, kulturelle Prozesse der Globalisierung und Tourismus.

In seinem Text stellt er den künstlerischen Umgang mit der Kritik an Karten, das mapping vor. Er stellt diese Kunstform in die Tradition der **Situationisten**. Zum besseren Verständnis hier eine kurze Erklärung: „Die Situationisten operierten an der Schnittstelle von Kunst und Politik, Architektur und Wirklichkeit und setzten sich für die Realisierung der Versprechungen der Kunst im Alltagsleben ein. Sie forderten unter anderem die Abschaffung der Ware, der Lohnarbeit, der Technokratie und der Hierarchien und entwickelten ein Konzept der „theoretischen und praktischen Herstellung von Situationen“, in denen das Leben selbst zum Kunstwerk werden sollte.“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Situationistische_Internationale, 24.6.2011)

No man's land¹

(gf) Mit dem Projekt *Memory Loops* hat Michaela Melián im Auftrag der Stadt München ein virtuelles Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus geschaffen. Sie hat die Geschichte des Nationalsozialismus in München auf einen Stadtplan im Internet gemappt, indem sie Orten Geschichten und Geschichten Orte gegeben hat. Mit dem Schritt in den virtuellen Raum hat sie den Bezug zum materiellen Ort aufgegeben. Gerade im Zusammenhang mit der Geschichte des Nationalsozialismus spielen Orte eine wichtige Rolle. Die Verbrechen haben an konkreten Orten stattgefunden. Und gerade das macht den Umgang damit oftmals sehr strittig. An vielen Orten der Taten weist bis heute nichts auf die Geschehnisse hin, so dass das Geschehene selbst in Vergessenheit gerät. Zum Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses werden die Orte und damit auch die Taten meist erst dann, wenn eine Auseinandersetzung über Taten, Täter_innen, Erinnerung und Vergessen öffentlich wird und damit im öffentlichen Raum stattfindet. Diesen Kampf um die Erinnerung zu mappen könnte ein interessantes Projekt sein.

Protestaktion gegen das jährliche Treffen von Wehrmachts- und SS-Soldaten in Mittenwald. Auch die Bundeswehr nimmt an dem Treffen teil.
Foto: Wolfram Kastner

Wohnung eines ehemaligen Nazis in eben dieser Kirchenstraße 21. Der Erzähler war ein Junge von 13 Jahren, als er deportiert wurde. Während der Nazi-Zeit konnte er als jüdisches Kind nicht in die Schule gehen, auch nach 1945, so berichtet er, sei er noch von Mitschüler_innen als „Saujud“ beschimpft worden. Jeden Morgen fuhr er mit der Trambahn zur Schule und beschloss, sich eine Armbinde zu machen, auf der stand „KL Theresien“. Er wollte von den Menschen, die mit ihm in der Trambahn fuhren, gefragt werden, was dieser 13 Jahre alte Junge bereits alles durchgemacht hatte. Aber niemand hatte sich dafür interessiert.

Die Kirchenstraße 21 ist mit weiteren Adressen verknüpft. Zum Beispiel mit der Herzog-Max-Straße 3. Das ist die Adresse, an der der Erzähler mit seinen Eltern und seinen Geschwistern wohnte, bevor der Nazi-Terror das unmöglich machte. Der Erzähler berichtet von seinem Vater, der Kommunist war, von der jüdischen Mutter, und die Besucher_in erfährt somit auch, welche Zuschreibung die Nazis den Kindern dieser beiden angediehen ließen: Geltungsjude. Den weiteren Adressen folgend, entfaltet sich die Geschichte



Ein Mausclick führt die Besucher_in in die Kirchenstraße 21 in München. Es öffnet sich eine Tonspur und mit sonorer Stimme erzählt ein Mann die Geschichte eines jüdischen Jungen, der mit seiner Mutter, seiner Schwester und seinem Bruder in Theresienstadt war. Alle drei erlebten dort die Befreiung, kehrten nach München zurück und wohnten zunächst in der

eines jüdischen Jungen in München während des Nationalsozialismus, die sich an unterschiedlichen Orten der Stadt zugetragen hat. Es werden historische Dokumente vorgelesen, in denen sich die Ideologie des Nationalsozialismus in Amts- und Verwaltungssprache vermittelt. Es wird aber auch thematisiert, wie München mit dieser Geschichte umgegangen ist und noch

umgeht – beispielsweise an der Adresse Marienplatz, wo das Münchner Rathaus steht. Im Innern des Rathauses, zwischen erstem und zweitem Stock, ist eine Tafel angebracht, die an den ersten Transport von Münchner Jüdinnen und Juden erinnert, der am 20. November 1941 nach Kaunas in Litauen ging. Alle 1.000 Menschen wurden dort wenige Tage später, am 25. November 1941, erschossen, darunter auch 20 Kinder und vier Betreuerinnen des jüdischen Kinderheims, in das die Eltern des Erzählers ihre Kinder gebracht hatten, weil sie sie nicht mehr ernähren konnten. Der Erzähler zeigt sich irritiert darüber, dass diese Tafel nicht deutlich sichtbar außen am Rathaus angebracht wurde. Aus Angst vor Vandalismus habe man sie lieber innen aufgehängt, begründete die Stadt.

Sich durch
Geschichte(n) klicken

Die Reise durch Geschichte und Geschichten, von Adresse zu Adresse findet im Internet auf der Seite von *Memory Loops*² statt. Diese Seite ist das virtuelle Denkmal der Stadt München für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Künstlerin Michaela Melián gewann mit ihrem Projekt 2008 den Kunstwettbewerb „Opfer des Nationalsozialismus – Neue Formen des Erinnerns und Gedenkens“, den das Kulturreferat ausgeschrieben hatte. Der Wettbewerb sah vor, ein Denkmal für die Stadt zu entwerfen, wobei kein Ort dafür vorgegeben bzw. zur Verfügung gestellt wurde. Michaela Melián setzte diese Vorgabe insofern konsequent um, als sie das Erinnern vollkommen in den virtuellen Raum verlegte. Der skizzierte Stadtplan von München auf der Startseite ist mit zahlreichen blauen Kreisen versehen, hinter denen insgesamt 300 Tonspuren liegen, die unterschiedlichste Aspekte des Nationalsozialismus in München thematisieren.³ Die Biographien von Opfern werden Adressen zugeordnet und in Verbindung gebracht mit Orten der Taten und Namen der Täter_innen.

Und es wird – wie das Beispiel oben zeigt – auch der Umgang mit der Geschichte nach 1945 thematisiert. Die Tonspuren sind im Netz individuell zusammenstellbar, es stehen aber auch vier Hörspiele von jeweils einer Stunde Dauer zur Verfügung.

Denkmal ohne festen Ort

Die *Memory Loops* können überall auf der Welt aufgerufen werden. Sie ermöglichen es den Besucher_innen, sich mit historischen Inhalten auseinander zu setzen. Sie können sich an konkrete Geschichte(n) erinnern, Informationen zusammentragen und Ereignisse aneinander reihen. Sie können aber auch ihre eigene Form des Gedenkens an die Opfer der Verfolgung finden, die sich nicht vorgegebenen Ritualen unterordnen muss. Gleichzeitig entbinden die *Memory Loops* die Stadt München jedoch auch von der Anforderung, genau solche Rituale neu zu entwickeln.

Mit dem virtuellen Stadtplan hat Michaela Melián die Geschichte des Nationalsozialismus in München gemappt (siehe auch den Artikel von Peter Spillmann in diesem Heft). *Memory Loops* „ist ein Denkmal ohne festen Ort, das zu jeder Zeit individuell erfahrbar ist und sich gleichzeitig präzise im Münchner Stadtraum verortet“, heißt es in der Begründung der Jury.⁴ Damit betritt die Stadt München Neuland in der Erinnerungskultur und bricht ein Tabu, indem sie einen zentralen Bezugspunkt des Gedenkens aufgibt: den Ort – verstanden als Ort des Geschehens und Ort des Gedenkens.

Aleida Assmann schreibt Orten eine zentrale Bedeutung für die „Konstruktion kultureller Erinnerungsräume“⁵ zu, weil Orte von längerer Dauer seien als „die vergleichsweise kurzphasige Erinnerung von Individuen“⁶. Die Erinnerung, die mit diesen Orten verbunden wird, ist jedoch nicht unbedingt eindeutig. Sie ist im Gegenteil umkämpft. Orte können durchaus zum „Kampfplatz rivalisierender Erinnerungsgemeinschaften“⁷ werden. Dies trifft auch auf Orte zu, an denen während des Nationalsozialismus Verbrechen begangen wurden. Oftmals werden diese Orte des Geschehens erst

dann Teil des kollektiven Gedächtnisses, wenn es Kämpfe „rivalisierender Erinnerungsgemeinschaften“ gibt, wenn sich Gruppen dem Vergessenwollen und Leugnen der Geschichte entgegenstellen und diese Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit gelangen.

Schauplatz 1: Täter_innenort Mittenwald

Am Fuße des Karwendel-Gebirges liegt das kleine Städtchen Mittenwald, ein begehrtes Ziel von Tourist_innen, die ihren Urlaub in den Bayerischen Alpen und in einem authentisch bayerischen Ort verbringen wollen. Einmal im Jahr an Pfingsten veranstaltet dort der Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V. das größte deutsche Veteran_innentreffen. Gebirgsjäger_innen der Wehrmacht gedenken dort gemeinsam mit ehemaligen und noch aktiven Gebirgsjäger_innen der Bundeswehr ihrer Opfer – teilweise unter Beteiligung ranghoher Politiker_innen wie Edmund Stoiber, der selbst Mitglied des Kameradenkreises ist. Der Ort, an dem dieses Treffen stattfindet, liegt am Hohen Brendten, dem Hausberg Mittenwalds. Bei dem Ort der Feierlichkeiten handelt sich um eine Lichtung im Wald, in der zwei Stelen in den Himmel ragen. Für die alten Soldat_innen sind dort Parkbänke aufgestellt, die von den verschiedenen Kameradschaften gestiftet wurden.

Die Gebirgsjäger_innen-Tradition in Mittenwald ist ungebrochen. Viele junge Mittenwalder_innen gehen ebenso selbstverständlich zu den Gebirgsjäger_innen wie das ihre Väter und Großväter getan haben. Daher erstaunt es nicht, wie selbstverständlich der Hohe Brendten und das Veteran_innentreffen zum Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses in Mittenwald und Umgebung geworden sind. Niemand wollte sich der Verantwortung für die Massaker der Gebirgsjäger_innen in Kreta und Italien während des Zweiten Weltkriegs stellen, niemand wollte die Überlebenden hören und der Opfer der Massaker gedenken. Die Taten wurden verschwiegen oder geleugnet.

Ungebetener Besuch

Das ungestörte Sich-Selbst-Zelebrieren der Täter_innen hatte jedoch ein Ende, als im Jahr 2002 rund 60 Antifaschist_innen den öffentlichen Kameradschaftsabend in einer Gaststätte in Mittenwald besuchten, zu dem unter anderem der Mittenwalder Fremdenverkehrsverein einlud. Sie forderten dort eine Schweigeminute für die Opfer der Massaker. Die Kamerad_innen wurden handgreiflich und versuchten, die Gäste mit Gewalt aus der Gaststätte zu werfen. Von da an erhöhte sich die Zahl der Demonstrant_innen von Jahr zu Jahr. Sie skandalisierten das Gebirgsjäger_innentreffen und machten die Reaktionen der Veteran_innen, der Soldat_innen und der örtlichen Bevölkerung öffentlich.⁸ Die ARD dokumentierte 2003, wie sich die Mittenwalder_innen über die Demonstrant_innen äußerten: „Die Leute, die so was machen, gehören entsorgt.“ Oder: „1965 wären sie noch nicht gekommen, weil da waren wir 3.000 Soldaten, da wär’ es noch zur Sache gegangen.“ Das ARD-Magazin strahlte auch Bilder von Veteran_innen aus, die mit Hakenkreuz-Binden am Arm zu den Feierlichkeiten marschierten. Die Arbeit des Veranstaltungsbündnisses gegen das Gebirgsjäger_innentreffen, vor allem die Arbeit des AK Angreifbare Traditionspflege, hatte zur Folge, dass sich sogar einige Gebirgsjäger_innen, die lange unbehelligt in Mittenwald und Umgebung lebten, doch noch für ihre Beteiligung an Kriegsverbrechen während des 2. Weltkriegs vor Gericht verantworten mussten.⁹

Im Jahr 2009 schenkten die Demonstrant_innen der Stadt Mittenwald ein Denkmal, das an die Opfer des Massakers in Falzano di Cortona erinnert. Elf italienische Zivilist_innen wurden dort auf Geheiß des Gebirgsjäger_innen-Offiziers Josef Scheungraber am 27. Juni 1944 zusammengetrieben und in einem Bauernhaus in die Luft gesprengt. Nur eine Person überlebte. Das Denkmal für die Opfer wurde während einer Kundgebung in Mittenwald auf dem Bahnhofsplatz installiert. Die Gemeinde entfernte das Denkmal wenige Tage später mit der Argumentation, es gefährde die Si-

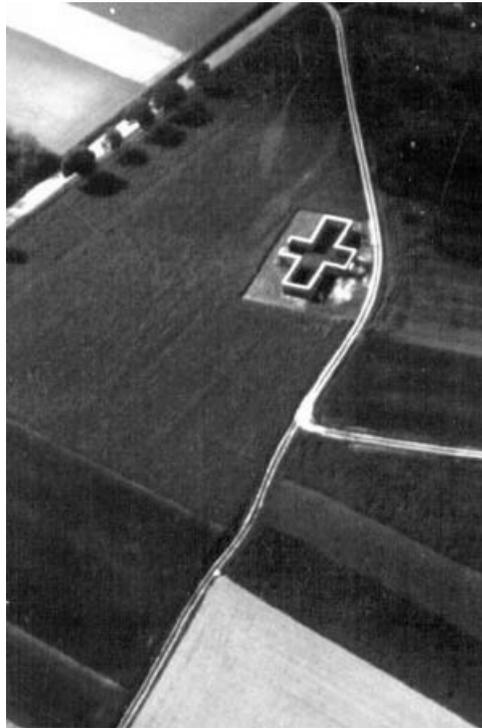
cherheit. In Verhandlungen ließen sich Bürgermeister und Gemeinderat dann doch darauf ein, das Denkmal vor der Mittenwalder Schule aufzustellen. Bei der offiziellen Einweihungsfeier am 21. März 2010 verließen von der Gemeinde geladene Mitglieder des Kameradenkreises bei der Rede des Vertreters/der Vertreterin des AK Angreifbare Traditionspflege demonstrativ die Feierlichkeit.¹⁰

Die Demonstrant_innen haben über Jahre hinweg das hegemoniale Täter_innengedenken gestört und sich in den – in diesem Fall teilweise sogar

henden Truppen der Roten Armee zu verteidigen. Am 24. März 1945 wurden rund 200 Zwangsarbeiter_innen zum Bahnhof Rechnitz transportiert, weil sie für den Arbeitseinsatz zu krank und schwach waren. In dieser Nacht fand auf dem Rechnitzer Schloss Batthyány ein Kameradschaftsfest statt, bei dem regionale Funktionär_innen der NSDAP gemeinsam mit Graf und Gräfin Batthyány feierten. In der Nacht verließen einige Festgäste das Schloss und erschossen etwa 180 jüdische Zwangsarbeiter_innen. Achtzehn Häft-

eines Gendarmen hinreichend rekonstruieren zu können. Von 1948 an begannen die Österreichische Israelitische Kultusgemeinde und der VdK (Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge) die Suche nach dem Massengrab. Der Israelitischen Kultusgemeinde lag eine würdige Bestattung der Toten am Herzen. Unermüdlich wurde versucht, auf der Basis von Befragungen von Zeitzeug_innen aus dem Ort, aber auch mit geologischen und geophysikalischen Methoden herauszufinden, wo die Zwangsarbeiter_innen erschossen wurden. Mittlerweile liegen Karten vor, die versuchen, alle im Verlauf der jahrzehntelangen Suche ermittelten Informationen darzustellen. Mit Hilfe von Mappings werden die Rechercheergebnisse, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten vorlagen, übereinandergelegt mit dem Ziel, vielleicht doch noch den Ort des Geschehens zu ermitteln.¹²

Die Rechnitzer Bürger_innen unterstützen die Suche nach den Opfern des Massakers nicht. Im Gegenteil, Ende der 1960er Jahre mussten die Sucharbeiten aufgrund eines Drohbriefs vorübergehend eingestellt werden. Auch der Versuch, in den 1980er und -90er Jahren in Gesprächen Informationen von den Rechnitzer Bürger_innen zu erhalten, scheiterte. Dies wurde in dem Dokumentarfilm „Totschweigen“ von Margareta Heinrich und Eduard Erne¹³, der 1995 erschien, drastisch deutlich. Auch jüngere Generationen, die nicht in die Geschichte verwickelt sein können, reagierten barsch abwehrend und behaupteten, nichts zu wissen. Manche ältere Rechnitzer_innen gaben zu, in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1945 etwas gesehen oder gehört zu haben, behaupteten aber auch, sich an nichts mehr erinnern zu können. Die Premiere dieses Films in Rechnitz wurde von der Gemeinde nicht unterstützt, mit der Begründung, die Bevölkerung bilige das nicht.¹⁴ Dieser Film, das darin dokumentierte Schweigen und Vergessenwollen der Rechnitzer Bevölkerung bis in die jüngsten Generationen, schockierte die österreichische Autorin Elfriede Jelinek so, dass sie ein Theaterstück darüber schrieb. „Rechnitz (Der Würgeengel)“ behandelt die Tat wie den Umgang danach. Es wurde in den Münchner Kammer-



Museum Kreuzstadl in Rechnitz
Copyright: www.refugius.at

handgreiflichen – Kampf um Erinnerungsräume begeben. Sie haben die Geschichte der Opfer an diesen Ort getragen und so Mittenwald als Täter_innenort sichtbar gemacht.

Schauplatz 2: Ort des Geschehens – Rechnitz

Rechnitz ist ein österreichischer Ort im Burgenland an der ungarischen Grenze. In der Region mussten sich mehr als 8.000 ungarische Jüdinnen und Juden als Zwangsarbeiter_innen am Bau des so genannten Südostwalls beteiligen, den die Wehrmacht gegen Kriegsende an der Südostgrenze des damaligen Deutschen Reiches errichten ließ, um sich gegen die heranna-

linge mussten die Ermordeten begraben und wurden am Abend ebenfalls erschossen.¹¹ Bis heute ist weder die genaue Anzahl der Opfer, noch der genaue Ort des Massakers, noch der genaue Name aller Täter_innen bekannt.

Die Suche nach dem Massengrab begann bereits unmittelbar nach Kriegsende. Als erste suchte die Rote Armee für die Anklage der Täter_innen nach den Toten. Sie fand die Leichen der 18 Jüdinnen und Juden, die die anderen Zwangsarbeiter_innen begraben mussten. Im Anschluss an diesen Fund wurde nicht weiter nach dem Massengrab gesucht, da die Rote Armee feststellen konnte, dass diese Menschen erschossen worden waren und meinte, das Verbrechen damit und mit der Zeug_innenaussage

spielen inszeniert und 2009 mit dem Mülheimer Dramatikerpreis ausgezeichnet.

Seit Mitte der 1990er Jahre engagiert sich der Verein RE.F.U.G.I.U.S.¹⁵ für ein öffentliches Gedenken. Er hat den Kreuzstahl – eine Scheune, in deren Nähe das Massaker stattgefunden haben könnte – gekauft und zum Gedenkort erklärt. Die Initiative setzt sich ein für ein angemessenes Gedenken sowohl an die Opfer des Massakers in Rechnitz als auch an alle jüdischen Zwangsarbeiter_innen, die beim Bau des Südostwalls arbeiten mussten und dabei ihr Leben ließen. Die Arbeit von RE.F.U.G.I.U.S. bedeutet immer wieder aufs Neue, die Rechnitzer_innen mit ihrer Geschichte zu konfrontieren. Wissenschaftler_innen, Künstler_innen, Filmemacher_innen, Politiker_innen, antifaschistische Gruppen – viele beschäftigten sich mit dem Massaker in Rechnitz und vor allem mit der Schwierigkeit, es aufzuklären und aufzuarbeiten. Das stete Bemühen um Vergessen durch die Rechnitzer Bevölkerung führte genau zum Gegenteil: das Massaker in Rechnitz ist so bekannt und öffentlich diskutiert „wie kein anderes“¹⁶ in Österreich.

Während diese beiden Beispiele für Orte stehen, in denen der Erinnerungsraum bis heute umkämpft ist, gibt es inzwischen Orte, deren Rolle im kollektiven Gedächtnis und deren Bedeutung für das öffentliche Gedenken nicht mehr in Frage stehen. Dazu gehören die KZ-Gedenkstätten. Doch die Selbstverständlichkeit, mit der Gedenkstätten als Orte des Erinnerns und Gedenkens angesehen werden, ist das Ergebnis eines zum Teil Jahrzehnte dauernden Kampfes.

Schauplatz 3: Dachau

Als die US-Alliierten 1948 das Gelände des ehemaligen KZ Dachau an die Bayerische Regierung übergaben, legte der sozialpolitische Ausschuss des Landtags zunächst den Vorschlag vor, dort ein „Arbeitslager für asoziale Elemente“¹⁷ zu errichten. Dieser Vorschlag wurde nicht realisiert, weil Flüchtlinge aus dem Sudetenland untergebracht werden mussten. Sie fanden ein neues Zuhause in den Baracken des ehemaligen KZ. Nach und

nach entstand dort die Wohnsiedlung Dachau Ost, im hinteren Bereich des Geländes eröffnete die Gaststätte „Zum Krematorium“, es entstanden Kinos, eine Schule und ein Kindergarten. Trotz der Umwandlung des ehemaligen Konzentrationslagers in eine Wohnsiedlung trafen sich die Überlebenden jedes Jahr zum Tag der Befreiung Anfang Mai, um der 42.000 Toten zu gedenken. 1950 entstand auf Initiative der Überlebenden eine Ausstellung im Bereich des ehemaligen Kre-

ner Gedenkstätte lag ihm wohl mehr als fern. Erst 1965 haben es die Überlebenden geschafft, sich gegen den politischen Druck durchzusetzen. Die Errichtung einer Gedenkstätte wurde beschlossen. Die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte in Dachau sind vielschichtiger, als sie hier dargestellt werden können. Doch die wenigen Beispielen zeigen, dass dieser Ort lange Zeit – auch nach der Einweihung der Gedenkstätte 1965 – hart umkämpft war.



*An dieser Stelle hätten wir gerne ein weiteres Bild von Mittenwald zur „Gedenkfeier ohne Störfeuer“ vom 09.05.10. gezeigt, aber es wurde vom Fotografen leider „keine Freigabe zu diesem Thema“ erteilt..
<http://www.merkur-online.de/lokales/landkreis-garmisch-partenkirchen/gedenkfeier-ohne-stoerfeuer-754776.html>*

matoriums, zu dessen Erhaltung sich die Deutschen in einem internationalen Vertrag verpflichten mussten. 1951 organisierte die Bayerische Staatsregierung genau zum Zeitpunkt der Befreiungsfeiern eine „Gedenkwoche für die deutschen Kriegsgefangenen“. Ein Redakteur der Süddeutschen Zeitung ereiferte sich im Januar 1952 über die Ausstellung im Krematorium und kommentierte, die Erinnerungen an die Taten in Dachau müssten verschwinden; und 1953 wurde die Ausstellung dann tatsächlich von der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung, in deren Obhut das Gelände damals lag, geräumt. Noch 1959 überlegte der damalige Dachauer Bürgermeister Hans Zauner, in leer gewordenen Baracken Wohnungssuchende unterzubringen.¹⁸ Der Gedanke ei-

Auf sicherem Terrain

Mittlerweile besuchen rund eine Million Menschen pro Jahr das ehemalige KZ in Dachau, Vertreter_innen der Staatsregierung sprechen bei den Befreiungsfeiern, 2010 sprach der damalige Bundespräsident Horst Köhler zum ersten Mal vor den Überlebenden von Dachau. Für das öffentliche und ritualisierte Erinnern ist die Gedenkstätte Dachau ein sicherer Ort geworden. Kein Wunder also, dass der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) in seiner Kritik an den *Memory Loops* und an der Jury, die das Kunstwerk ausgewählt hat, auf Dachau als authentischen Ort verweist und sich wünscht, dass „alle, die sich jetzt an der Diskussion beteiligen, auch manchmal zu den Veranstaltun-

gen dort kommen, etwa zu den Jahrestagen der Pogromnacht¹⁹. Damit be- gibt er sich auf sicheres Terrain und vermeidet Auseinandersetzungen, zu denen es sicherlich käme, würde die Stadt tatsächlich Erinnerungen an au- thentischen Orten in München anstre- ben. Wie viele es davon gibt, hat die Ausstellung „Ort und Erinnerung“ von Manfred Nerdinger 2006 eindrucks- voll gezeigt. In der Pinakothek der Moderne präsentierte der Münchner Architekturprofessor für eine große Anzahl von noch existierenden Gebäu- den, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind, deren Nutzung während der Nazizeit. Er wies deutlich darauf hin, wie wenig davon heute bekannt, geschweige denn im öffentlichen Raum der Stadt sichtbar ist.²⁰

Die *Memory Loops*, das Erinnerungsprojekt der Stadt Mün- chen, zeigen auf dem Stadtplan Orte der Opfer, Taten und Täter_innen. Mi- chaela Melián hat die Geschichte aber auch ergänzt um den Umgang damit. Das Beispiel der Tafel im Münchner Rathaus ist nur ein kleiner Hinweis darauf, wie unsichtbar auch nicht-vir- tuelles Gedenken im Stadtraum sein kann. Die Kämpfe um „kollektive Erinnerungsräume“, um Sichtbarkeit von Täter_innen und Taten in ver- schiedenen Zeiträumen, Regionen und Orten zu mappen, könnte ein spannen- des und aufschlussreiches Bild über den Umgang mit dem Nationalsozia- lismus ergeben. Es könnte visualisiert

werden, wie lange es an den unter- schiedlichen Orten gedauert hat, bis die Auseinandersetzungen überhaupt begannen, an welchen Orte und mit welchen unterschiedlichen Argumen- ten der Kampf um das Vergessen ge- führt wurde und wie diese sich im Zeitverlauf verändert haben. Sichtbar würden aber auch die Orte, an denen bislang so gut wie keine Auseinander- setzung stattgefunden hat.

¹ Eine Analogie zum Film *No man's land*.

² www.memoryloops.net

³ An 61 Orten der Stadt stehen zudem noch Tafeln, die auf die URL mit der entsprechenden Tonspur verweisen bzw. auf denen eine kostenlosen Telefonnummer angegeben ist, so dass die Tonspur per Handy abgerufen werden kann.

⁴ http://www.muenchen.de/Rathaus/kult/ service/veranstaltungsservice/ festivals_reihen_projekte/321585/index.html (11.6.2011)

⁵ Assmann, Aleida (2003): *Erinnerungsräume – Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München, S.299.

⁶ ebd.

⁷ a.a.O.. S. 306

⁸ Eine Dokumentation der Auseinandersetzungen sowie weitere Infos stehen bei: <http://www.keine-ruhe.org>

⁹ Ausführlich dazu: Klein, Ralph/Mentner, Regina/Stracke, Stephan (Hg.) (2004): *Mörder unterm Edelweiß*, Köln.

¹⁰ <http://www.keine-ruhe.org/node/156> (17.6.2011)

¹¹ http://www.kreuzstadl.net/massaker_long.html (17.6.2011)

¹² Vgl. Bockberger, Rainer/Schmied, Marco (2009): *Die Suche nach dem Massengrab*, in: Manoschek, Walter (Hg.): *Der Fall Rechnitz*, Wien, S. 81 - 110

¹³ Der Film kann auf der Seite des Mahnmals Kreuzstadl heruntergeladen werden: <http://www.kreuzstadl.net/downloads/totschweigen.avi>

¹⁴ http://www.kreuzstadl.net/index_long.html (17.6.2011)

¹⁵ RE.F.U.G.I.U.S., Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative und Stiftung, stellt es sich zur Aufgabe, den Kreuzstadl als Gedenkort für alle Opfer beim Südostwallbau zu erhalten und die Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart bewusst zu machen. (http://www.kreuzstadl.net/index_long.html, 28.6.2011)

¹⁶ Manoschek, Walter (Hg.): *Der Fall Rechnitz*, S. VII

¹⁷ Marcuse, Harold (1990): *Das ehemalige Konzentrationslager Dachau*, in: *Dachauer Hefte 6: Erinnern oder Verweigern*, S. 188

¹⁸ a.a.O.

¹⁹ <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/streit-um-holocaust-gedenken-wir-brauchen-ein-wuerdiges-mahnmal-1.544006> (17.6.2011)

²⁰ Nerdinger, Winfried (2006): *Orte und Erinnerung – Nationalsozialismus in München, Salzburg*.

analyse & kritik

nachrichten aus dem prekären leben

analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis testen: 3 Ausgaben für 5 Euro
Infos und Bestellungen: www.akweb.de

Personen zerstören, um Organisationen zu bekämpfen

Das Interview mit Bárbara Méndez und Jaqueline Sáenz entstand am 17. März 2011 im Rahmen ihrer Rundreise zu dem Thema „Repression und Gewalt gegen Frauen in Atenco“ und wurde geführt von Elise-Maria Ose und Eberhard Albrecht.

Barbara Italia Méndez Moreno (B) kommt aus Mexiko-Stadt, sie ist Unterstützerin der sechsten Erklärung des Lakandonischen Urwalds und Mitglied der Anderen Kampagne. Barbara Italia ist eine der Frauen, die als Opfer der Polizeigewalt im Mai 2006 den mexikanischen Staat wegen Folter und sexueller Gewalt vor der Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission CIDH verklagten.

Jaqueline Sáenz Andujo (J) leitet die Rechtsabteilung im Menschenrechtszentrum „Centro PRODH“ in Mexiko-Stadt. Wichtiger Teil ihrer Arbeit ist der Fall der Frauen von Atenco. Sie unterstützt diese bei ihrer Klage wegen Menschenrechtsverletzungen vor der CIDH.

Was behaupten Polizei und Justiz, dass damals am 3. und 4. Mai 2006 in San Salvador Atenco geschehen sei? Was sind die Vorwürfe, mit denen sie Massenverhaftungen und die späteren drakonischen Strafurteile rechtfertigen?

J: Zunächst möchte ich daran erinnern, dass die Verhaftungen illegal und willkürlich waren und von der Polizei mit brutaler Gewalt durchgeführt wurden. Sie wurden gerechtfertigt, indem Vergehen wie Beleidigungen, der Angriff auf „öffentliche Kommunikationswege“ und Entführungen zur Last gelegt wurden. Das waren die Anklagen eines Justizsystems, dessen Strafgesetze dem Ziel dienen, soziale Proteste zu kriminalisieren. Dabei reicht die Aussage eines Polizisten, die Leute festzunehmen, zu verhören und ihnen den Prozess zu machen. Das ist der Hintergrund der Situation, von der Bárbara noch mehr erzählen wird.



5 Jahre Atenco. Frauen im Widerstand gegen sexuelle Folter Quelle: centroprodh

Weil den inhaftierten Frauen jeglicher Kontakt verweigert wurde, dauerte es mehrere Tage, bis die ersten Zeugenaussagen an die Öffentlichkeit gelangten. Erst danach konnten Anzeigen gegen Polizisten bei der Spezialstaatsanwaltschaft für Gewaltverbrechen gegen Frauen FEVIM gemacht werden. Dieser Ruf nach Gerechtigkeit hält bis heute an.

Und diese Strafen von 60 bis über 100 Jahren, sind die legal?

J: Bei dem Straftatbestand der Entführung hatte es kurz zuvor eine Strafverschärfung gegeben, weil ihre Zahl in Mexico stark angestiegen war. Außerdem wurde die „besondere Entführung“ (secuestro equiparado) als Vergehen eingeführt. Dieses Vergehen liegt schon dann vor, wenn ein Staatsbeamter nur festgehalten und gezwungen wird, etwas zu tun oder zu unterlassen, ohne dass ihm etwas geschieht. Dies wird auch als Entführung bezeichnet und mit gleich hohen Haftstrafen geahndet wie die Entführungen des organisierten Verbrechens. D.h., der Staat kriminalisiert die sozialen Proteste. Außerdem wurden den Gefangenen mehrere Vergehen vorgeworfen und die Strafen dafür aufaddiert. Daraus ergaben sich diese Strafen zwischen 30 bis über 100 Jahre.

Bárbara: Du warst damals dabei. Du bist eines der Opfer.

B: Zunächst muss ich erwähnen, dass San Salvador Atenco ein kämpferischer Ort ist mit einer langen Tradition politischer Kämpfe. Schon 2001 gelang es dort, sich zu organisieren und dadurch das Land zurückzugewinnen, das der Staat genommen hatte, um dort einen Flughafen zu bauen. Diese Organisation, das Volksbündnis zur Verteidigung des Landes (FPDT), arbeitete in den Dörfern der Region weiter solidarisch mit den Kleinbauern und -bäuerinnen und als 2006 die Andere Kampagne der EZLN durch ganz Mexico wanderte, wurde Atenco zu einem wichtigen Kristallisationspunkt dieser Kampagne.

Nur ein paar Tage nachdem die Kampagne in Atenco Station gemacht hatte, entwickelte sich aus einer ganz kleinen Sache, es ging dabei um den Verkauf von Blumen, ein gewalttätiger Polizeiansatz. Mit Unterstützung der FPDT hatten Kleinbauern und -bäuerinnen mit den Behörden ein Abkommen geschlossen, das es ihnen gestattete, auf dem Markt von Texcoco, in der Nähe von San Salvador Atenco, ihre Blumen zu verkaufen. Aber als sie am 3. Mai dorthin kamen, wurden sie von der Polizei erwartet, verprügelt und viele wurden verhaftet. Eine



Jaqueline Sáenz Quelle: Ökumenisches Büro

Gruppe, in der sich die wichtigsten Führungspersönlichkeiten der FPDT befanden, konnte sich in ein Haus flüchten, wo sie von der Polizei belagert wurden.

Als diese Geschehnisse in der Gegend bekannt wurden, forderten die Leute die Freilassung der Gefangenen

und die Aufhebung der Belagerung. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen, blockierten sie eine wichtige Straße. Die Polizei reagierte wieder mit Gewaltaktionen, bei denen der 14-jährige Javier Cortés Santiago von der Polizei erschossen wurde. Zu dem Zeitpunkt war ich in Mexiko-Stadt. Mit anderen beschloss ich, sofort nach Atenco zu fahren. Unsere Hoffnung war, als zivile Beobachter_innen von außerhalb die Brutalität der Polizeiaktion stoppen zu können. Weil ich damals in einer Organisation engagiert war, die sich um Jugendliche in schwierigen sozialen Verhältnissen kümmerte, wollte ich außerdem versuchen, die Umstände des Todes von Javier Cortés Santiago zu dokumentieren. Für all das hatten wir uns mit Beglaubigungsschreiben ausgerüstet, die uns aber später überhaupt nichts nützten. Wir kamen um zehn Uhr abends an und verbrachten die Nacht in Atenco. Um sechs Uhr früh am 4. Mai begann der Einsatz. Die Polizei kesselte den Ort ein, drang in die



Barbara Italia Méndez
Quelle: Ökumenisches Büro

Häuser ein, brach Türen auf, und so wurde ich festgenommen.

Warum du? Kannten sie dich, oder wurden alle festgenommen?

B: Die Polizei wurde von Leuten begleitet, die ihr die Häuser zeigten, in

Die Polizeiübergriffe vom Mai 2006 in San Salvador Atenco

Am Morgen des 3. Mai 2006 kam es in der Gemeinde San Salvador Atenco, nördlich von Mexiko Stadt, zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizeieinheiten und einem Bündnis aus Straßenhändler_innen und Aktivist_innen der Bauernorganisation „Front der Gemeinden zur Verteidigung der Erde“ (FPDT). Was mit einem Einsatz gegen einige Blumenverkäufer_innen begann, entwickelte sich im Laufe des Tages zu brutalen Straßenschlachten, bei denen ein 14-jähriger Junge getötet wurde. Die Aufständischen hielten zwischenzeitlich mehrere Polizist_innen als Geiseln versteckt. Am Nachmittag erreichte die Nachricht von den Straßenschlachten eine Kundgebung der „Otra Campaña“ in Mexiko-Stadt. Einigen der dort Versammelten gelang es, trotz der Straßensperren der Polizei zur Unterstützung nach Atenco durchzukommen.

Am Morgen des nächsten Tages überfielen über 3.000 Polizist_innen die Kleinstadt, um „die Ordnung und den sozialen Frieden wieder herzustellen“. Im Verlauf der völlig überzogenen Polizeiaktion wurden wahllos Häuser gestürmt, Bewohner_innen verprügelt, Einrichtungen zerstört und mehrere hundert Menschen verhaftet.

26 der 47 festgenommenen Frauen wurden in Polizeihaft sexuell gefoltert und vergewaltigt. Die Behörden wiesen die Vorwürfe der Frauen als haltlos zu-

rück und einige Frauen wurden Monate lang im Gefängnis festgehalten. Erst nach Wochen, auf den Druck nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen, kam es zu Untersuchungen, die alle ergebnislos im Sande verliefen. Elf der Frauen entschlossen sich darauf hin im April 2008, den Fall vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission zu bringen. Mit Unterstützung der nationalen Menschenrechtsorganisationen PRODH und dem internationalen Zentrum für Gerechtigkeit und Völkerrecht CEJIL verklagten sie den mexikanischen Staat wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen. Unter Ausnutzung aller denkbaren Mittel verschleppt die mexikanische Regierung seither das Verfahren.

Die Verhafteten wurden nach und nach wieder freigelassen. Nach zwei Jahren waren aber immer noch 26 in Haft. Einige von ihnen waren zu hohen Haftstrafen von insgesamt bis zu 112 Jahren verurteilt worden und in Hochsicherheitsgefängnissen eingesperrt. Am 30. Juni 2010, also nach mehr als vier Jahren, wurden die letzten zwölf Gefangenen freigelassen. Alle waren Führungspersönlichkeiten der FPDT. Der Oberste Gerichtshof Mexikos (SCJN) verfügte ihre sofortige Freilassung. Das Gericht befand, dass die Generalstaatsanwaltschaft des Bundesstaates México die Anklagen gegen die Gefangenen auf „falsche und unsichere Prämissen“ gestützt und darüber hinaus „illegale Beweismittel“ verwendet habe.

denen Mitglieder der FPDT wohnten. Nur dort drangen sie ein und fanden uns. Zuerst wurde ich verhört, warum ich da sei und zu welcher politischen Organisation ich gehörte. Wir wurden beschuldigt, zur EZLN zu gehören und den bewaffneten Aufstand zu planen. Wir entgegneten, dass wir zu zivilen Gruppen gehörten, den Frieden wollten und ich erzählte von meinem Vorhaben, den Tod des Jungen zu dokumentieren. Wahrscheinlich war dies ein Fehler, denn sie fingen an, uns zu schlagen. Während des Transports wurden wir gefoltert, physisch und auch psychisch, denn sie sagten uns

wurden aufgeschichtet. Ich lag auf vier anderen, während ich gefoltert wurde. Als ich später mit anderen Frauen sprechen konnte, erfuhr ich, dass sie mit ihnen das gleiche gemacht hatten. Wir wurden auf anderen liegend gefoltert, vor Zeugen, die dir nicht helfen konnten. Das war das Schlimmste dabei. Ich hörte, wie María Sostrés, eine Spanierin, eine Schock bekam und um Hilfe schrie. Die Polizisten drohten ihr an, sie umzubringen, wenn sie nicht still sei. Es war fürchterlich. Auch wenn später einige Frauen aussagten, sie wären nicht gefoltert worden, ist uns klar geworden, dass es sich um

sind wir noch in dem Stadium, in dem die Zulässigkeit des Falls geprüft wird. Die Kommission hat dem Staat eine Reihe von Fragen gestellt und wir hoffen, dass dies sehr bald dazu führen wird, dass die Zulässigkeit festgestellt wird. Uns ist klar, dass dies ein sehr langer Prozess ist, in den wir aber auch nicht unsere ganze Hoffnung setzen. Es ist nur ein Werkzeug, mit dem wir auf internationaler Ebene zeigen können, was in diesem Land passiert. Wir sehen darin einen Teil unserer Arbeit, dem mexikanischen Staat Schaden zuzufügen, indem wir an seinem Bild vom demokratischen Staat rüt-



Die Referentinnen und der Dolmetscher zeigen auch ihre gastronomischen Fähigkeiten vor der Veranstaltung im Kafe Marat, München
Quelle: Ökumenisches Büro

immer wieder, dass sie uns umbringen würden. Sie verdrehten uns die Glieder, schnürten uns die Luft ab und wendeten sexuelle Gewalt an. Ich wurde entkleidet, sie schlugen mich mit ihren Schlagstöcken aufs Gesäß und die Brüste und steckten mir ihre Finger und Gegenstände in die Vagina. Außerdem bissen sie mich in die Brustwarzen. Fünf Stunden lang.

Wo passierte das alles?

B: In den Autobussen. All das, was mit mir geschah, passierte, während ich auf anderen Personen lag. Die Leute

eine geplante Aktion gehandelt hatte und nicht um einzelne Übergriffe. Nach den Ereignissen des 2. und 4. Mai waren wir 26 Frauen, die eine Anzeige wegen sexueller Folter erstatteten.

Bárbara, du bist eine der Frauen, die den Kampf weiter führen. Deine Klage gegen den mexikanischen Staat ist jetzt vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte CIDH. Wie geht es da weiter?

B: Im April 2008 haben wir uns an die CIDH gewandt und im Augenblick

teilen. In den letzten beiden Jahren hat es von der CIDH fünf Urteile gegen den mexikanischen Staat gegeben, die alle mit Menschenrechten zu tun hatten. In allen Fällen blieb die erwünschte Antwort des Staates aus. Wir wissen also, dass wir nicht unbedingt Gerechtigkeit erwarten können. Genauso wenig können wir auf eine Garantie hoffen, dass so etwas nicht wieder geschieht, ganz zu schweigen von einer Entschädigung für das, was wir Frauen erlitten haben.

J: Ich möchte nur ergänzen, dass das Verfahren, wenn es nicht von der

Die Front der Gemeinden zur Verteidigung der Erde FPDT

Die Bauernorganisation FPDT aus San Salvador Atenco gründete sich im Jahr 2001, als die mexikanische Regierung in der Region umfangreiche Enteignungen von Gemeindeeigentum beschloss, um einen neuen Flughafen für Mexiko-Stadt zu bauen. Die FPDT stand an der Spitze eines Widerstandes, dem es in sieben Monaten gelang, die Regierung im August 2002 zur Aufgabe der Pläne zu zwingen. Nach diesem Erfolg politisierte sich die FPDT weiter und solidarisierte sich mit anderen sozialen Bewegungen und unterstützte Kämpfe und Widerstandsgruppen

in anderen Teilen Mexikos, vor allem die „Andere Kampagne“ („La Otra Campaña“) der Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung (EZLN). Ziel der „Anderen Kampagne“, die die EZLN im Juni 2005 angestoßen hatte, war es, für Mexiko eine neue, antikapitalistische Verfassung zu erarbeiten. Ihre Ideen dazu hatte die EZLN in der „Sechsten Deklaration aus dem Lakandonischen Urwald“ vorgestellt. Ab Januar 2006 bereiste eine Delegation der EZLN ganz Mexiko, um die Vorschläge mit anderen Basisorganisationen zu diskutieren. Im April 2006 kam die „Andere Kampagne“ auch nach San Salvador Atenco.

Kommission CIDH gelöst wird, an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte weitergeleitet werden wird und dann kann das Verfahren acht Jahre andauern.

Mitte des vergangenen Jahres sind die letzten zwölf Gefangenen freigelassen worden. Wie ist dieser Sieg gegen die Kriminalisierung sozialer Proteste in Atenco zu bewerten und wem ist er zu verdanken?

J: Bevor ich auf die Entlassung der letzten Gefangenen im Juni 2010 eingehe, möchte ich die anderen nicht vergessen. Es waren sehr viele, die außer dem, was Bárbara erzählt hat, noch zermürbende und kostspielige Prozesse durchstehen mussten. Auch das gehört zur Strategie, die Persönlichkeiten der Leute zu brechen. Die letzten waren die zwölf, von denen drei in einem Hochsicherheitsgefängnis und die anderen neun auch zu hohen Strafen verurteilt waren. Ich glaube, dass die Kampagne für ihre Befreiung, die Solidarität so vieler Menschen, in Märschen, Kundgebungen, national und international, und der juristische Beistand, den sie hatten, dass das alles zusammen bewirkt hat, dass sie frei kamen. Wenn es diesen Druck nicht gegeben hätte, hätte der Staat sie weiter drinnen behalten. Außerdem glaube

ich, dass der Fall Atenco noch nicht abgeschlossen ist. Mit der Freilassung ist nichts gelöst, nicht die Kriminalisierung der Organisationen und auch nicht die juristische Seite. Die Klage der Frauen gegen die sexuelle Folter geht weiter.

Wie ist es einzuschätzen, dass die zwölf auf Grund eines Urteils des Obersten Gerichtshofes freigelassen wurden?

J: Alle zwölf waren wegen „besonderer Entführung“ verurteilt worden, was ein schweres Vergehen ist, bei dem es keine Kautions gibt und lange Freiheitsstrafen verhängt werden. Sie wurden in erster Instanz verurteilt, gingen in Berufung und wurden wieder verurteilt. So kam der Fall in die letzte Instanz, d. h. vor den Obersten Gerichtshof. Hier wurde der Fall unter einem anderen Blickwinkel verhandelt. Auf dieser nationalen Ebene spielen politische Gesichtspunkte eine größere Rolle. Es geht um das internationale Ansehen Mexikos und die politischen Ambitionen des verantwortlichen Gouverneurs Enrique Peña Nieto. In den Gerichtsverhandlungen hatte ein Thema eine große Rolle gespielt, welches ein bezeichnendes Licht auf die Kriminalisierung sozialer Proteste wirft: Die Polizei hatte geltend ge-

macht, dass ihr bei den Auseinandersetzungen Bewaffnete gegenüber gestanden hätten. Bei den Waffen handelte es sich aber um Macheten. Macheten haben für die Bauernbewegung FPDT einen Symbolcharakter und werden bei Demonstrationen immer mitgeführt. Auch wenn es im konkreten Fall keine Anschuldigungen gab, die Macheten wären als Waffen benutzt worden, wurde von einigen Richtern unterstellt, dass dies niemals ausgeschlossen werden könne, und deshalb geahndet werden müsse.

Nun gut, zum Schluss wurden sie freigelassen, aber ohne dass man ihnen irgendeine Entschädigung gezahlt hätte, denn so etwas existiert in Mexiko nicht. Auch ein Eingeständnis des Staates, dass er sich geirrt hat, gab es nicht.

Schließen möchten wir mit der Frage: Was erhofft ihr euch von uns? Welche Unterstützung ist für euch am wichtigsten?

B: Was wir erwarten? Nun das, was wir bisher schon bekommen haben: Solidarität und Interesse. Wir wünschen uns aber nicht nur interessierte Zuschauer, sondern Personen, die bei Aktionen mitmachen. Da gibt es die praktische Seite, Briefe schreiben oder eine Erklärung anlässlich eines Jahrestages abgeben. In entscheidenden Momenten Druck auf den mexikanischen Staat ausüben, das ist wichtig. Aber dann ist da noch das Persönliche. Für mich als Überlebende bedeutet es sehr viel, dass ich hier mit euch sprechen kann. Dies ist unsere Entschädigung. Der mexikanische Staat wollte die Person zerstören und damit die politische Bewegung. Und jetzt ist es ein wenig so, dass, wenn man die Organisationen heilen will, man zuerst uns zu heilen muss. Diese Symbiose zwischen Kollektiv, Person und Familie ist lebenswichtig, um weiter kämpfen zu können. Hier sein zu können und von den Erfahrungen sprechen zu können ohne in die Opferrolle zu fallen, das hilft sehr. So ist diese Rundreise Teil unseres Kampfes. Wir wissen nicht, ob es gelingen wird, den Staat in Zukunft daran zu hindern, mit Repression und Folter auf die Organisationen einzuwirken. Aber wir versuchen, das zu erreichen.

Schweigen ist Gold

Mit hohen Schadenersatzforderungen wollen Bergbaufirmen in El Salvador Schürfrechte durchsetzen.

Gegner_innen der Unternehmen werden bedroht. (Kathrin Zeiske, aktualisierte Version des Artikels, der am 7. April 2011 in der Jungle World erschienen ist)

Die „Vereitelung von Gewinnchancen“ kann Anlass für einen Prozess sein. Das kanadische Minenunternehmen Pacific Rim verklagt El Salvador, um sich Schürfrechte für den Goldabbau zu verschaffen. Möglich ist dies vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), das für die Weltbank die Einhaltung der Freihandelsverträge garantiert. Dort fordert das Unternehmen 77 Millionen Dollar Entschädigung vom salvadorianischen Staat. Die geforderte Summe ist fast doppelt so hoch wie die für dieses Jahr von der Regierung geplanten Investitionen in die Landwirtschaft.

Der Goldpreis steigt angesichts internationaler Wirtschaftskrisen, und in El Salvador wurden knapp 100 Anträge auf Schürfrechte gestellt. Ausländische Unternehmen nutzen nicht nur juristische Möglichkeiten, sie finanzieren auch die Gegner_innen der Umweltschützer_innen. Im Department Cabañas sind insbesondere die Mitarbeiter_innen des kommunalen Radio Victoria bedroht, das die sozialen Kämpfe gegen den Bergbau im Land initiiert hat.

„Anfangs gingen nur Musik und Einladungen zu Gemeindefesten über



den Äther“, berichtet Oscar Beltrán, der wie seine Kolleg_innen als Jugendliche im Radio Victoria anfang. „Erst später begannen wir, Nachrichtenprogramme sowie inhaltliche Beiträge zu Menschenrechten, Umweltschutz und Gender auszustrahlen.“ Doch ein politisches Projekt war das Radio der Gemeinde Santa Marta immer schon, es wurde von ein paar tausend Flüchtlingen gegründet, die noch während des Bürgerkriegs aus dem angrenzenden Honduras zurückkehrten. Sehr zum Missfallen des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) und der salvadorianischen Regierung wollten sie ihre Angehörigen in der Guerilla unterstützen.

„Nach Abschluss der Friedensverträge 1991 galt ein Gemeinderadio als erstrebenswertes Projekt, um Informationen jenseits der regierungstreuen Medien zu liefern“, sagt Beltrán. Schon bald jedoch rückte eine andere

Thematik in den Vordergrund. „Der Goldabbau des kanadischen Unternehmens Pacific Rim in der Mine El Dorado beanspruchte große Wassermengen, die auf den Feldern fehlten. Gleichzeitig wurden Abwässer mit hochgiftigen Substanzen wie Zyanid in die Flüsse geleitet, die immer mehr unerklärliche Krankheiten verursachten.“

Das junge Team von Radio Victoria betrieb investigativen Journalismus und startete eine Aufklärungskampagne. „Wir hatten uns nie zuvor mit dem Goldabbau und den dadurch verursachten Gesundheits- und Umweltschäden auseinander gesetzt“, erzählt Beltrán. „Jetzt besuchten wir Guatemala und Honduras, um uns von den zivilgesellschaftlichen Organisationen dort zeigen zu lassen, welche ökologischen Desaster der Bergbau in der Region schon verursacht hatte. Wenn man bedenkt, dass ausländische Unternehmen mittlerweile für 75 Prozent

Der Artikel entstand im Rahmen einer Solidaritätsbrigade des Ökumenischen Büros München, die im November 2010 nach El Salvador fuhr. Die Teilnehmer_innen wollten sich vor Ort über die gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Sieg der linksgerichteten FMLN bei den Präsidentschaftswahlen 2009 informieren. Neben zwei Wochen aktiver Hilfe in einem Projekt im Osten des Landes führten sie eine Reihe von Gesprächen mit Vertreter_innen von Nichtregierungsorganisationen in San Salvador. Darüber hinaus besuchte die Gruppe in der im Norden des Landes gelegenen Provinz Cabañas das unabhängige Radio Victoria.

Um Radio Victoria bei seiner Arbeit zu unterstützen, hat das Ökumenische Büro München ein **Spendenkonto** eingerichtet. Die gesammelten Gelder sollen zur Zahlung kleiner Aufwandsentschädigungen, dem Betrieb der Sendeanlagen und dem Kauf neuer Technik dienen. Wichtig ist es, auch den Sender besser gegen Angriffe zu schützen. Alle über das Büro laufenden Spenden sind natürlich von der Steuer absetzbar.

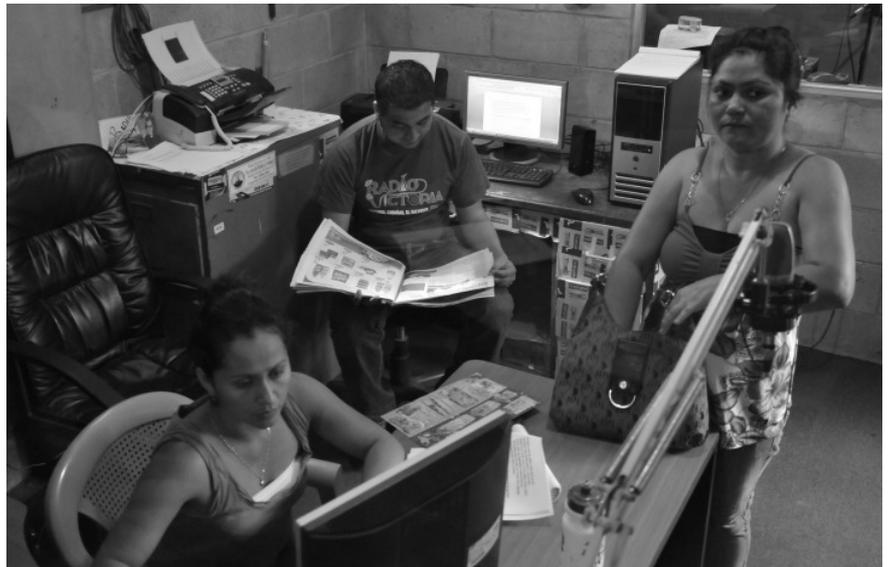
Ökumenisches Büro e.V.
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtparkasse München

Stichwort: Radio Victoria
BLZ: 701 500 00

der Fläche El Salvadors Konzessionen erwerben wollen, kann bei einem so kleinen Land nur mit verheerenden Folgen gerechnet werden.“

Doch auch Pacific Rim blieb nicht untätig und begann, in einer Gegenkampagne den angeblich „Grünen Bergbau“ in Cabañas zu proklamieren. „Das Unternehmen kaufte Lehrer_innen und Pfarrer mit ‘Geschenken’ und bezuschusste großzügig infrastrukturelle Maßnahmen und Festivitäten der Gemeinden“, erklärt Elvis Zavala, verantwortlich für die Produktion des Radios. Die meisten Gemeinden werden von der ultrarechten Nationalrepublikanischen Allianz (Arena) regiert. „Selbst Radio Victoria wurden horrenden Summen für eine positive Berichterstattung über Pacific Rim geboten. Doch das kam für uns nicht in Frage. Im Gegenteil, es gelang uns, die Kampagne gegen Bergbau über das Netzwerk kommunaler Radios ARPAS auf eine landesweite Ebene zu bringen.“ Ein Bündnis gegen den Bergbau sorgte dafür, dass das Thema im Präsidentschaftswahlkampf 2009 diskutiert wurde. Mauricio Funes, der Kandidat der linken Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), versprach, die Schürfrechte der im Land operierenden Bergbauunternehmen nicht zu verlängern und keine langfristigen Verträge zu schließen.

„Als soziale Bewegung ist es uns tatsächlich gelungen, den Bergbau zu stoppen“, konstatiert Zavala stolz. Denn Funes und die FMLN gewannen



Radiomacher_innen bei der Arbeit (Foto: Knut Hildebrandt)

die Präsidentschaftswahlen und hielten bislang das Wahlversprechen. Aber schon vor den Wahlen hatte Pacific Rim auf der Basis des Freihandelsabkommens zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (Cafta-DR) El Salvador auf 77 Millionen Dollar Entschädigung wegen „indirekter Enteignung“ verklagt. Die Klage reichte das US-Unternehmen Pac Rim Cayman LLC ein, eine Tochter des kanadischen Unternehmens Pacific RIM, das so die vorteilhaften Investitionsschutzbestimmungen des CAFTA-Vertrages ausnutzen konnte. Das Interesse von Pacific Rim ist klar, wenn man bedenkt, dass der Preis der Feinunze Gold (31 Gramm) seit 2005 von 400 auf 1.300 Dollar gestiegen ist.

Doch nicht nur die Drohung mit Schadenersatzforderungen soll die Gegner_innen der Bergbauunternehmen einschüchtern. In Cabañas, das von der Arena-Partei dominiert wird, brach nach dem Wahlsieg der FMLN eine Welle der Gewalt gegen die Radiomacher_innen und andere Umweltschützer_innen los, die bis heute kein Ende gefunden hat. Im Jahr 2009 wurden Marcelo Rivera, Ramiro Rivera und die schwangere Dora Alicia Sorto ermordet. Der ebenfalls im Umweltschutz engagierte Pater Luis Quintanilla entkam nur knapp einem Attentat. Im Juni 2011 wurde mit Francisco Durán Ayala der vierte Anti-Bergbau-Aktivist aus der Region ermordet.

„Es handelte sich dabei eindeutig

um politische Morde, die klar im Zusammenhang mit Pacific Rim stehen. Die Vertuschung von Untersuchungsergebnissen legen eine Komplizenschaft zwischen Lokalregierung und Unternehmen nahe“, sagt Oscar Beltrán. Auch die Sprecher_innen von Radio Victoria erhielten Morddrohungen, Bewaffnete wurden bei ihren Häusern gesehen. Eine Nachrichtensprecherin, Isabel Gámez, hält sich seitdem mit Unterstützung der Stiftung für Politisch Verfolgte in Hamburg auf.

Ihre Kolleg_innen haben mittlerweile Polizeischutz, trotzdem erhielten sie dieses Jahr erneut Drohbriefe. Sie sollten endlich ein großzügiges Schweigegeld für die Radiostation annehmen, sonst werde man sie alle umbringen. „Allen Morden sind Drohbrieffen vorausgegangen“, konstatiert Elvis Zavala düster. „Die Straflosigkeit bleibt, und wir haben gesehen, dass die Drohungen ernst gemeint sind.“

Auch auf nationaler Ebene sehen in El Salvador die Zukunftsaussichten nicht rosig aus. Dieses Jahr wird über ein Freihandelsabkommen zwischen El Salvador und Kanada verhandelt, immerhin die Hälfte aller Minenunternehmen der Welt stammen aus dem nordamerikanischen Land. Währenddessen steht ein von Funes angekündigtes restriktives Bergbaugesetz, das dem anstehenden Ausverkauf von Ressourcen entgegenwirken könnte, weiter aus.

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w

325

Vorsicht Baustelle!
Chinas roter Kapitalismus

Außerdem: ► Eskalation in Syrien ►
Repression in Ägypten ► Misere in
Uganda ► Atomklo im Pazifik ...

auch als PDF
zum Download

Einzelpreis € 5,30

iz3w ► Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

Eine offene Wunde

Widerstand und Erinnerung in Deutschland und Uruguay

Interview mit Ernesto Kroch und Eva Weil (Teil 2), geführt von Zara Pfeiffer und Barbara Kwapkowski



Ernesto Kroch wurde 1917 in Breslau geboren. Als junger Mensch erlebte er den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 schloss er sich einer Widerstandsgruppe an. Am 9. November 1934 wurde er verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer 18monatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach deren Verbüßung kam er ins Konzentrationslager Lichtenburg. Anfang 1937 konnte er Deutschland verlassen und kam über Jugoslawien Ende 1938 nach Uruguay. Auch dort war er politisch aktiv, engagierte sich in der *Deutschen Antifaschistischen Komitee*, später in der Gewerkschaft und der Kommunistischen Partei. Als im Juni 1973 in Uruguay das Militär die Macht übernahm, arbeitete er wieder im Untergrund. Um seiner drohenden

Verhaftung zu entgehen, nahm er 1982 den umgekehrten Fluchtweg in die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1985 lebt Ernesto wieder in Montevideo und ist nach wie vor als engagierter Linker in sozialen Basisorganisationen und im Umfeld des Linksbündnisses *Frente Amplio* aktiv. 2002 erschien seine Autobiographie „Heimat im Exil – Exil in der Heimat“ bei Assoziation A. Im Juli 2010 war er zusammen mit seiner Frau Eva Weil im Rahmen der Veranstaltungsreihe *La Mirada Distinta* in München und hat über die verschiedenen Etappen seines Lebens und seiner politischen Arbeit berichtet.

Eva Weil kam 1938 als Kind deutsch-jüdischer Emigranten nach Uruguay. In den 1970er Jahren verließ sie Uruguay und zog nach Frankfurt am

Ernesto Kroch vor dem Zellenbau, ehemaliges KZ Lichtenburg, Sachsen-Anhalt, Juni 2008. Hier war er von 1936/37 eingesperrt. Foto: Jaška Klocke

Main. 1981 ging sie für kurze Zeit zurück nach Montevideo, um 1982 zusammen mit Ernesto ins Exil nach Deutschland zu gehen. Erst gegen Ende der Militärdiktatur 1984 kehrten beide nach Uruguay zurück. Ebenso wie für Ernesto ist für Feva die politische Arbeit ein zentraler Bestandteil ihres Lebens. Sie ist seit vielen Jahren politisch aktiv, u.a. für *amnesty international*, für das lokale Basiskomitee der *Frente Amplio* in Montevideo und im selbstverwalteten Kulturzentrum *Casa Bertolt Brecht*. Der erste Teil des Interviews ist im *Infoblatt 77* abgedruckt.

Ernesto Kroch: Du hattest noch zwei Fragen, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland und in Uruguay.

Genau. Uns hat zum einen die Geschichte mit der Gedenkstätte in Lichtenburg interessiert, die im zweiten Teil von dem Film¹ über dich recht ausführlich dargestellt ist. Aber auch, was darüber hinaus deine Eindrücke sind von der Art wie in Deutschland Erinnerungspolitik gemacht wird?

Ernesto Kroch: Das, was wir in Lichtenburg erlebt haben, zeigt, wie viel Widerstände es doch noch gibt, der Vergangenheit zu gedenken. In der DDR hat es dort eine Ausstellung gegeben, die mag ein bisschen einseitig gewesen sein. Der Akzent lag vor allem auf den kommunistischen Häftlingen, es wurde kaum erwähnt, dass jüdische Häftlinge eine Sonderbehandlung hatten im Zellenbau. Also es hätte was zu ergänzen gegeben in dieser Ausstellung, aber man hat sie einfach geschlossen.

Das war wohl die allgemeine Politik gegenüber der DDR, gut oder schlecht, schließen. Es ist vor allem der Bürgermeisterin und dem Vizebürgermeister von Prettin, dem Ort wo das KZ liegt, zu verdanken, dass die Gedenkstätte wieder eröffnet wurde. Es ist eine provisorische Gedenkstätte, die Studenten aus Berlin von der Humboldt Universität gemacht haben. Der Zellenbau ist gar nicht zugänglich. Im Zellenbau waren die politischen jüdischen Häftlinge. Und gerade das ist vielleicht das beeindruckendste von allem, gerade weil es so heruntergekommen ist. In der DDR ist es für eine LPG genutzt worden, die Geräte sind da abgestellt worden. Aber gerade die Tatsache, dass das derartig verlassen und verrottet ist, reproduziert ein bisschen diese Stimmung des Alleingelassenseins. Es ist natürlich nicht dasselbe wie zur Nazizeit. [...]

Die Regierung von Sachsen-Anhalt hat zwar einen Betrag zugesagt, um Bauschäden zu beheben, aber nur in sehr kleinem Umfang. [...] Es gibt Widerstände, man muss das abringen. Wenn nicht linke Organisationen da gewesen wären, die VVN, einige aus der Humboldt-Universität, dann würde überhaupt nichts geschehen.

In der Adenauer Zeit hat es zwar

eine Wiedergutmachung gegeben, die USA, England und Frankreich, haben die wichtigsten Naziverbrecher zur Rechenschaft gezogen und verurteilt, aber nur die obersten Köpfe – im übrigen hat man alles laufen lassen wie es war. Das Argument war, wir können die Fachkräfte nicht entbehren. Denn es war ja alles nazistisch verseucht, die Lehrer, die Justiz, die Verwaltung. Das hat man so übernommen, wie es war. In der DDR hat man darauf verzichtet, wohl wissend, dass darunter die Effektivität der Verwaltung, der Wirtschaft und auch der Bildung leiden würde. Antifaschisten, die im Widerstand ge-

oder die Enkel ihre Väter und Großväter gefragt haben, was hast du damals gemacht. Das ist ohne Zweifel der Ansatz, der heute noch zu einem guten Teil in der Gesellschaft waltet und der darauf drängt, dass die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen werden. Das ist mein Eindruck, den ich von der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland habe. [...]

Eva Weil: Ich möchte auch etwas sagen zur Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Also zum Beispiel dieser Kampf in Berlin wegen dem Mahnmahl mit den Stelen. Wir waren dort und der



wesen waren, wurden in 6 Monaten als Lehrer geschult. Mir hat man gesagt, es ist wichtiger, dass der Lehrer nicht nazistisch vergiftet ist und die Kinder nicht mit solchen Gedankengut in Berührung kommen, als dass er Ehre mit h schreibt oder ohne h. Die DDR ist in vielem in Hintertreffen gewesen, aber im gesellschaftlichen Leben ist man eben doch radikaler vorgegangen, auch wenn das selektiv gewesen sein mag und man dem kommunistischen Widerstand den Vorzug gegeben hat. Aber es waren Antifaschisten, die an den führenden Stellen saßen.

In der BRD muss es 1968 einen großen Umschwung in der Gesellschaft gegeben haben, der zu einer ernsthaften Überprüfung der Vergangenheit geführt hat, wo die Kinder

*Heute ist der Zellenbau heruntergekommen und im Eigentum des Bundes. Ernesto Kroch und andere setzen sich dafür ein, den authentischen Ort in die Gedenkstätte KZ Lichtenburg zu integrieren.
Foto: Jaška Klocke*

Ernst meinte, das ist überhaupt nicht so beeindruckend, weil man überall sieht, wo man wieder raus kommt. Wenn man im KZ war, sah man nicht wie man raus kommt, da gab es keinen Ausweg. Und bei den Stelen sah man immer wieder so zwischendurch die Häuser ...

Ernesto Kroch: Mich hat es nicht beeindruckt. Was mich beeindruckt hat, ist das jüdische Museum in Berlin, da hat man diesen Eindruck, der Willkür

ausgeliefert zu sein. Und auch in Montevideo gibt es ein Denkmal des Holocaust direkt am Meer, ein Gleis, das im Nichts endet. Das ist viel beeindruckender als diese Klötze in Berlin. [...]

Wenn ihr diese Erfahrungen aus Deutschland vergleicht mit Uruguay – wie wurde und wird dort mit der Vergangenheit der Militärdiktatur umgegangen?

Ernesto Kroch: Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie ist durch ein Abkommen zwischen der *Colorado Partei*, der *Frente Amplio* und den Militärs entstanden. Das war, nachdem der Widerstand in einen Bürgerstreik am 27. Juni 1984 kulminierte. An dem Tag schlossen sich für 24 Stunden nicht nur die Arbeiter, sondern auch Geschäftsleute, Unternehmen, alle schlossen sich dem Streik an, mit Ausnahme der Vereinigung der Bankiers. Und drei Tage danach kam die Übereinkunft im *Club Naval* zustande, in der die Militärs sich bereit erklärten, die politische Macht zu übergeben und unter gewissen Bedingungen einer neuen Verfassung zuzustimmen, die ein Jahr später erarbeitet werden sollte. Eine Sache zu der es nie gekommen ist. [...]

Die Wahlen vom November 1984 waren die freiesten Wahlen, die ich in Uruguay bisher gesehen habe – unter einer Militärdiktatur. Man sah keinen Polizisten auf der Straße. Das Volk selbst hielt die Ordnung. [...] Die Militärs hatten die Zügel bereits verloren. Es war ein Machtvakuum entstanden. Es gab aber eine gewisse Beschränkung. Hunderte von politischen Gefangenen saßen noch in den Militärgefängnissen – eine Bedingung des *Pakt Naval* war die Freilassung aller, auch der Tupamaros, auch der wegen Mordes Verurteilten usw. Líber Seregni, ein General, der Präsident der *Frente Amplio* war und für die Präsidentschaft kandidieren sollte, und Wilson Ferreira Aldunate von den *Blancos* wurden als Kandidaten nicht zugelassen. Die *Frente Amplio* war erlaubt, aber die kommunistische Partei war zumindest theoretisch verboten. Was sie nicht hinderte, dass sie eine öffentliche Versammlung machte. Es war niemand da, auch keine Polizei. Es

hatte sich selbst legalisiert.

Da die Ersatzleute – sowohl für Seregni, der eine große Popularität hatte, wie für Wilson Ferreira Aldunate, der eine noch größere Popularität hatte – nicht das Charisma hatten, war der Ausgang der Wahl vorprogrammiert. Sanguinetti², der Kandidat der *Colorados*, der im Grunde genommen der gemäßigtere Teil der Opposition gegen die Militärs gewesen war, wurde Präsident.

Das erste Gesetz, das das Parlament annahm, war die Amnestie aller politischen Gefangenen. Diejenigen, die wegen Bluttaten verurteilt worden waren, sollten vor ein ordentliches Gericht gestellt werden, aber man erkannte an, dass sie ihre Geständnisse unter Folter ausgesagt hatten. Jeder Tag ihrer Inhaftierung wurde als 3 Tage anerkannt. Und da es in Uruguay weder Todesstrafe noch lebenslange Haft gibt, – 30 Jahre ist die Höchststrafe –, waren sie sofort alle frei. Also, das war das Amnestiegesetz.

Eva Weil: Da war noch eine Sache. Und zwar das Referendum noch während der Diktatur ...

Ernesto Kroch: Das war 4 Jahre vor dieser Wahl. Um sich zu legitimieren und um ihre Macht zu verewigen, hatten die Militärs eine Verfassungsreform vorgeschlagen, die durch eine Volksabstimmung legitimiert werden sollte.

Eva Weil: Du kannst in Uruguay keine Verfassungsreform machen ohne eine Volksabstimmung.

Ernesto Kroch: Sie waren sicher überzeugt, sie würden das gewinnen – das war, als noch 7.000 politische Gefangene in den Gefängnissen saßen, als es keine Pressefreiheit gab – sie hatten das Monopol im Fernsehen in der Presse, überall – und es war nur eine Ja/Nein-Wahl. Aber die Uruguayer sahen das als eine Wahl, die die Diktatur legitimieren und verewigen sollte und stimmten mehrheitlich mit Nein. Ein Wahlbetrug war unmöglich, obwohl die Staatsangestellten an den Wahltischen saßen. Durch eine Demokratie, die sich während eines Jahrhunderts im täglichen Leben gefestigt hatte, war das so in den Köpfen: Ein Ja ist

ein Ja und ein Nein ist ein Nein. Also sie konnten nicht mal Wahlbetrug machen. Militärs sprechen immer im Namen des Volkes, alle Diktaturen sprechen immer im Namen des Volkes. Nun hatte das Volk gesprochen. Das war zu offensichtlich und ab diesem Moment mussten sich die Militärregierungen Schritt für Schritt zurückziehen. Es gab noch viele Tote, Folter-Tote und so, aber sie mussten die Macht abgeben. [...]

Ab diesem Moment, sagten sie, wir verhandeln jetzt mit Vertretern der *Colorados* und *Blancos*. Obwohl die *Colorados* zu sehr vielen Kompromissen bereit waren, mussten sie auch auf die Stimmung im Volk Rücksicht nehmen. In Folge dessen drangen sie darauf, dass die *Frente Amplio* legalisiert würde. Die Verhandlungen scheiterten. Da machten drei Priester einen 14tägigen Hungerstreik und riefen die Bevölkerung auf, dass am 14. Tag alle um acht Uhr abends das Licht löschen sollten. Ein *apagón nacional*, ein nationaler Blackout. Die Militärs versuchten diesen Hungerstreik zu verheimlichen, es kamen aber Studenten vor das Kloster, um ihre Unterstützung zu demonstrieren. Da mussten sie sie auseinander jagen und das ganze wurde öffentlich. Es konnte nicht mehr verschwiegen werden. Am 14. Tag wurden tatsächlich um acht Uhr alle Lichter gelöscht und eine halbe Stunde später begann das erste Trommelkonzert ...

Eva Weil: Noch innerhalb der Häuser ...

Ernesto Kroch: ... auf Kochtöpfen in der ganzen Stadt, ein ungeheurer Krach. Der 27. Juni ist der Tag des Staatsstreiches in Uruguay, also ein symbolisches Datum. Und natürlich – die Leute hatten noch Angst – in ihren Häusern. Einen Monat später sind sie dann auf die Straße gegangen und einen weiteren Monat später zog man mit den Kochtöpfen vor die Häuser der Offiziere. Also, es steigerte sich allmählich.

Dann begannen kleine Streiks, kleine Demos. Die Demo der heraushängenden Taschen – tausende von Leuten gingen durch die Hauptstraßen, mit dem Futter von den Taschen nach außen. Das war eine Demonstration, die man schlecht auseinanderjagen



konnte. Und dann kam das Flugzeug aus Madrid mit 150 Kindern von Exilierten, die ihre Heimat kennenlernen sollten. Normalerweise ist es vom Flughafen bis zur Stadtmitte eine halbe, dreiviertel Stunde. Sie brauchten über 4 Stunden. An der Küstenstraße standen 400.000 Montevideaner Spalier und riefen den Kindern zu: Eure Eltern werden wiederkommen. Das hieß natürlich so viel wie: Die Demokratie wird wiederkommen. Und 400.000 Menschen kann die Polizei nicht auseinanderjagen. Das ist so allmählich gesteigert worden, all diese Aktionen und die Militärs verloren immer mehr ihre Machtstellung.

Also es war anders als in Deutschland, wo ausländische Mächte einmarschieren mussten, um die Faschisten zu vertreiben. Die Uruguayer haben das Schritt für Schritt selbst gemacht. Das begann schon damit, dass der Staatsstreich 1973 gleich mit einem 15-tägigen Generalstreik und der Besetzung aller Betriebe und Fabriken verbunden war [siehe hierzu den ersten Teil des Interviews, zp]. Das setzte von Anfang an ein Zeichen und isolierte die Militärs gesellschaftlich.

Danach stellte sich aber die Frage:

Was geschieht mit all den Folterern, den Mördern, Entführern von Kindern usw. Die *Frente Amplio* vertrat den Standpunkt einer Verfolgung durch den Staat. Unter einer Regierung Sanguinetti war das unrealistisch, aber jede Familie konnte privat klagen. Als dann die Klagen eingereicht und hohe Offiziere vor Gericht zitiert wurden, brachten die *Colorados* einen Gesetzesvorschlag raus, der praktisch eine Militäramnestie war. Das *Ley de Caducidad* bedeutet, dass der Staat alle Verbrechen, die von Uniformierten zwischen dem 27. Juni 1973 und dem 28. November 1984 begangen worden waren, nicht verfolgt. Die *Colorados* allein hätten dieses Gesetz nicht durchbringen können. Die *Blancos* argumentierten, es hätte bezüglich der Straffreiheit der Militärs ein stillschweigendes Übereinkommen im *Club Naval* gegeben. Das stimmt nicht, aber das Stillschweigen kann man nicht überprüfen, das kann man nur vermuten. Die *Blancos* sagten, die *Colorados* haben den Brand gelegt, wir machen die Feuerwehr und wählen dieses Straffreiheitsgesetz, um das Land nicht von neuem zu erschüttern. Damit war die Mehrheit im Parlament

Ernesto und Eva Kroch. Überfahrt auf der Elbe bei Prettin/Sachsen-Anhalt (Juni 2008). Foto: Jaška Klocke

gegeben. Nicht alle *Blancos* stimmten dafür, ein Drittel der *Blanco*-Abgeordneten stimmte mit der *Frente Amplio* gegen dieses Gesetz. Aber es wurde eben angenommen mit parlamentarischer Mehrheit.

In Uruguay besteht die Möglichkeit, über ein schon beschlossenes Gesetz eine Volksabstimmung abzuhalten, wenn 25 Prozent der Wahlberechtigten ihre Unterschrift geben. Das Wahlgericht muss diese nach Prüfung der Unterschriften einberufen. Das ist nicht so leicht zu erreichen. Stell dir mal vor, in Deutschland würde das heißen, 12 Millionen Unterschriften zu sammeln. Und das, obwohl die Leute Angst hatten, weil die Militärs angedroht haben, einen Putsch zu machen, wenn sie ihre Straffreiheit nicht behalten. Die Leute mussten auch Angst haben, dass ihre Unterschrift den Militärkommandos zu Gesicht kommt. Diese Angst war real: Ein hoher Offizier bekam 60 Tage scharfen Arrest von seinen Waffengenossen, weil er unter-

Herausgegeben von Zara S. Pfeiffer

PROTESTE IN MÜNCHEN SEIT 1945

Im Auftrag des Kulturreferats
der Landeshauptstadt München

AUF DEN BARRIKADEN

volkuuv

Demonstrationen und Kundgebungen, Blockaden und Barrikaden, Streiks, Happenings, Hausbesetzungen, Straßenschlachten, künstlerische Performances, Farbe an den Wänden, klirrende Fensterscheiben, Piratensender und Solibrigaden.

25 Autor_innen beleuchten aus unterschiedlichen Perspektiven die Protestgeschichte von München seit 1945. Mit Texten von Raul Zelik, Gabi Fischer, Philip Zölls, Katharina Ruhland, Sigi Benker, Michael Backmund, Günther Gerstenberg, Petra Gerschner, Marcus Buschmüller, Angelika Lex uvm.

Auf den Barrikaden. Proteste in München seit 1945, herausgegeben von Zara S. Pfeiffer im Auftrag des Kulturreferats der Landeshauptstadt München, 300 Seiten, ca. 200 Abb., Volk



schrieben hatte. Das heißt, die Kopien der Unterschriften, waren vom Wahlgericht dem Militärkommando zugespielt worden. Und trotzdem kamen die 25 Prozent zusammen. Das Plebiszit musste abgehalten werden, hatte aber leider einen negativen Erfolg.

Wann war dieses erste Plebiszit?

Ernesto Kroch: Das war 1989 im November. In Montevideo war eine große Mehrheit für die Aufhebung der Straffreiheit. Aber auf dem flachen Land hatten die Menschen Angst vor einem neuen Bürgerkrieg, mit dem die Militärs gedroht hatten. Nicht aus Sympathie mit den Militärs war dort eine Mehrheit für die Straffreiheit. Und damit blieb das Gesetz bestehen. Das Gesetz kam genau drei Tage, bevor der erste hohe Offizier vor Gericht zitiert werden sollte, heraus. Es wurde also im letzten Moment noch schnell durchgebracht. [...] Keine der vier demokratischen bürgerlichen Regierungen hat je einen Schritt unternommen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, obwohl es Lücken im Gesetz gab, die man hätte nutzen können, wie man nachher sah unter Tabaré³. Kapitel 4 des Gesetzes gestattet, dass bezügl. der Verschwundenen nachgeforscht werden kann. Aber man hat auch nicht nach Verschwundenen gesucht. Sanguinetti hat einige Fälle dem Militärgericht übergeben. Der Richter sagte, keine Beweise, aus. Das war eine Verspottung.

Ich will nicht verheimlichen, es waren nicht nur die Täter die schwiegen, es waren auch die Opfer, die in der ersten Zeit unter dem Trauma standen. Ich weiß das von meinem Sohn, der hat in der ersten Zeit kaum davon gesprochen. Er war 6 Jahre im Gefängnis, ist gefoltert worden. Das war ein Trauma. Aber schließlich begann eine Bewegung vor allem von den Familienangehörigen der Verschwundenen und man rief den 20. Mai als einen Tag des Schweigemarsches aus, wo die 2 km lange Hauptstraße im Stillen durchmarschiert wurde mit der Forderung nach Aufklärung und Gerechtigkeit. [...] Und dieser 20. Mai wurde seit dem jedes Jahr zum Gedenktag und zum Marsch von Zehntausenden. In den ersten Jahren waren es vor allen Dingen ältere Leute, aber jetzt, bei den

letzten 20.-Mai-Märschen, waren 70 bis 80 Prozent Jugendliche, die man sonst in keiner Versammlung sieht. Das ist eine offene Wunde. [...]

Tabaré hat in seiner Antrittsrede bereits angekündigt, das Gesetz ist Gesetz, wir achten die Gesetze. Wir achten die Volksabstimmung, aber wir werden alle Lücken, die das Gesetz bietet, nutzen, um die Verbrecher vor Gericht zu bringen. Und er hat tatsächlich damit erreicht, dass der Präsident, der den Staatsstreich gemacht hat und sein Außenminister, der praktisch Micheline und Gutiérrez Ruiz⁴ ans Messer geliefert hatte, hinter Gitter kamen – sie waren ja keine Uniformierten. Acht hohe Offiziere, die nicht nur nach, sondern auch schon vor dem 27. Juni 1973 gemordet hatten, konnten belangt werden. Der Staatsstreich ist ja nicht aus blauem Himmel gekommen. Dieselben Leute, die nachher gemordet haben, haben auch vorher gemordet – und die konnten belangt werden. [...]

Obwohl wahrscheinlich die auf ihrer Ebene Verantwortlichsten zur Rechenschaft gezogen worden sind und hinter Gitter sitzen, bleiben immer noch die Verbrechen, die nicht verfolgt werden können. Es ist ein Präzedenzfall, dass Leute, nur weil sie Uniform tragen, das Recht haben zu morden und zu foltern. Wir haben die Kampagne gegen die Straffreiheit immer unter dem Motto gemacht: Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Das ist ein demokratischer Grundsatz.

Bei der Wahl für die zweite Linksregierung waren gleichzeitig zwei Plebiszite angesagt. Das eine war, den Uruguayern, die im Ausland leben, zu gestatten, dass sie frei wählen konnten, also Briefwahl. Das andere war, durch ein neues Plebiszit die Straffreiheit aufzuheben. Beide Vorhaben gingen mit 47 Prozent verloren. Das ist gewissermaßen auch unsere Schuld gewesen. Die ganze Wahlpropaganda war zu sehr darauf ausgelegt, dass die *Frente Amplio* wieder die Wahl gewinnt. Sie hat sie auch gewonnen, allerdings erst im zweiten Wahlgang, im ersten Wahlgang hatte sie zwar über 50 Prozent der gültigen Stimmen, aber nur 47 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Jetzt diskutiert man im Parlament, ob das Parlament das Gesetz aufheben

könnte⁵. Es sind inzwischen zwei bis drei Jahrzehnte vergangen seit den ganzen Verbrechen. Verbrechen gegen die Menschenrechte verjähren nicht. Aber es ist natürlich ein zweischneidiges Schwert. Wenn 50 Abgeordnete das Votum von einer Million Menschen außer Kraft setzen können, machst du kein Plebiszit mehr und Plebiszite haben in Uruguay sehr viel erreicht. Zum Beispiel wurde die Privatisierung aller Staatsbetriebe verhindert. [...]

Der neue Präsident Mujica hat eine Politik eingeschlagen, die dem Versuch die Straffreiheit zu beenden eigentlich entgegensteht. Das *wollen wir vergessen, schauen wir nach vorne*, was aus seiner persönlichen Situation – er, der mit der Waffe in der Hand den Militärs als Feind gegenüberstanden hat – als eine großzügige Versöhnungsgeste verstanden werden kann, wird von der enormen Mehrheit der *Frente Amplio* nicht geteilt. Für die *Frente Amplio* geht das nicht, solange das Militär nicht offen das *mea culpa* erklärt und zumindest sagt, wo die, die ermordet wurden, begraben liegen. Tabaré hat in den Kasernenhöfen graben lassen. Man hat bisher aber nur zwei sterbliche Überreste gefunden. Mehr hat man nicht gefunden. Das ist die gegenseitige Schweigepflicht, die die Militärs unter sich ausgemacht haben. Die wahrscheinlich jeden erledigen, der reden will. Noch immer wissen viele Familien nicht, wo sie ihren Bruder, Vater oder ihre Mutter beerdigen können. Das ist eine offene Wunde, die noch immer in Uruguay ist.

Entschädigung hat es gegeben für alle politischen Gefangenen, für diejenigen, die aus politischen Gründen im Exil gewesen sind und die das nachweisen können. Mein Sohn hat jetzt eine Pension und für die Altersversicherung wurden die Jahre anerkannt, die im Militärgefängnis verbracht wurden. Also in der Beziehung gibt es Reparationen. [...]

Wie präsent ist die Zeit der Militärdiktatur heute in Uruguay? Gibt es Denkmäler und ist es in den Schulen Thema?

Ernesto Kroch: Die Provinzregierung Montevideos hat auf der anderen Seite

der Bucht ein Denkmal für die Verschwundenen errichtet. Das ist sehr beeindruckend, das ist eine künstlich angelegte felsige Gegend, mit zwei Glaswänden, die vielleicht 20 Meter lang sind und auf denen die Namen der Verschwundenen eingraviert sind. Darum herum ist eine Lichtung in einem Wäldchen. Das gibt schon eine Stimmung zur Nachdenklichkeit. Es gibt ein Museum de la Memoria. Es ist eine Sache, die ist präsent. Natürlich nicht in der ganzen uruguayischen Bevölkerung. Aber dass am 20. Mai an die 50.000 Menschen zusammenkommen, vor allem junge Leute, ist ein Zeichen, dass das ganze noch ein ungelöstes Thema in der Gesellschaft ist. [...]

Und im Geschichtsunterricht, ist es da Thema?

Ernesto Kroch: Nein. Im Geschichtsunterricht ist die Diktatur bisher ausgeklammert worden. Und zwar unter dem Vorwand, wir haben nicht genug Abstand, das können spätere Generationen machen. Die Regierung von Tabaré hat dem Kulturministerium die Aufgabe gegeben, eine Geschichtsbearbeitung für die Schulen zu machen und das ist jetzt im Unterrichtsprogramm. Die Schüler erhalten das von einer Kommission von den rechten Parteien, die stark angefeindet wird. Sie sagen, das ist politisch, aber die haben das mit einer großen Objektivität gemacht, eben nur von Historikern, die nicht von diesem Versöhnungdenken befallen sind: *Nun ist alles wieder gut*.

An der Oberfläche sind auch die Beziehungen zum Militär ganz normal. Als Tabaré am 1. März 2005 Präsident wurde, musste der Vorsitzende des Parlaments die Parade der Armee abnehmen. Und der Vorsitzende war Mujica⁶. Das heißt, das Regiment, das ihn gefoltert hat, und das ihn während vieler Jahre in einem tiefen Brunnen gefangen gehalten hat, marschierte an ihm vorbei als er die Parade abnahm. Das ist die Ironie der Geschichte. [...]

Die Linke ist immer skeptisch gegenüber Militär und Polizei, den Repressionsapparaten, gewesen. Jetzt ist sie aber selbst an der Regierung, sie braucht Polizei und solange eine Armee besteht, muss sie sich auch um die

Armee kümmern. Es ist eine Diskussion, ob Uruguay überhaupt eine Armee braucht. [...]

Gibt es jetzt noch etwas, das euch wichtig ist, zu sagen?

Ernesto Kroch: Wir warten ab, wie sich das entwickelt. Es gibt jetzt eine neue Generation von Militärs. [...] Ich kann meine Hand nicht ins Feuer legen für das, was der jungen Generation in der Militärakademie gelehrt wird. Inzwischen ist natürlich die allgemeine öffentliche Meinung fixiert auf ein demokratisches Zusammenleben und lehnt jede gewaltmäßige Einmischung ab. Und das muss natürlich auch auf die jüngere Generation der Offiziere übergehen. Aber wie sie die Vergangenheit sehen, das wissen wir nicht. Zur Versöhnung bedarf es zuerst die Anerkennung der Schuld der Verbrechen. Das ist das erste, ohne das gibt es keine Versöhnung.

Vielen Dank für das Gespräch.

- 1 ERNESTO alias ERNST. Dokumentarfilm von Martin Kessler über Ernesto Kroch, 2007, Teil 1+2
- 2 Julio María Sanguinetti (Colorado Partei) war von 1985 bis 1990 und von 1995 bis 2000 Präsident von Uruguay.
- 3 Tabaré Vázquez (Frente Amplio) war von 2005 bis 2010 Präsident von Uruguay.
- 4 Zelmar Michilini und Héctor Gutiérrez Ruiz wurden zusammen mit Rosario Barredo und William Whitelaw, zwei Tupamaros, am 18. Mai 1976 im Rahmen der „Operation Condor“ entführt. Ihre Leichen wurden drei Tage später mit deutlichen Spuren von Folter in einem Auto gefunden.
- 5 Im Mai 2011 scheiterte ein Gesetzesvorhaben zur Annulierung des Amnestiegesetzes. Vgl. <http://amerika21.de/meldung/2011/05/33046/sigue-caducidad> [26.06.2011]
- 6 José Mujica (Frente Amplio) ist seit 2010 Präsident von Uruguay.

Versammlungszentren in ländlichen Gemeinden – ein Beitrag zur Stärkung der Ernährungssouveränität im Norden Nicaraguas



„Um das Recht auf die eigene Bestimmung der Nahrungsmittelversorgung zu verteidigen, braucht es gut informierte und organisierte Kleinbauern und Kleinbäuerinnen.“

Diesem Gedanken folgt die Arbeit unserer Partnerorganisation Movimiento Comunal de Matagalpa. Deshalb unterstützt sie die Bevölkerung in den ländlichen Gemeinden ihrer Region mit Fortbildungen u.a. in Landwirtschaft, Bürger- und Frauenrechten, Katastrophenprävention und Umweltschutz.

Zu diesem Zweck errichtet das Movimiento Comunal mit Unterstützung des Ökumenischen Büros kommunale Zentren, die als Arbeits- und Versammlungsräume dienen. Die Gebäude sind offen für Aktivitäten aller Einwohner_innen.

Die **Solidaritätsbrigade 2011** des Ökumenischen Büros wird sich am Bau eines weiteren kommunalen Zentrums beteiligen, diesmal in der Gemeinde Ocalca.

Um dies zu ermöglichen, bitten wir Sie und Euch um Spenden für die Baukosten des Projekts:

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Stadtsparkasse München
BLZ 701 500 00
Konto: 561 76 258

Stichwort: Brigadeprojekt Nicaragua

Mit dem **Flugdienst**

des
Ökumenischen Büros

zum **Faulenzen**

Flüge innerhalb **Europas**, nach **Asien**,
Afrika und natürlich nach und von **Zentral-**
und **Südamerika**

Sonder- und STA-StudentInnentarife,
Jugendtarife europaweit und natürlich weltweit.

Tickethinterlegungen, **Pauschal-** und

Last Minute Reisen mit oder ohne Hotel,
Reiseversicherungen und Mietwagen ...



**Flugdienst des
Ökumenischen Büros
für Frieden und
Gerechtigkeit e.V.**

Gustav-Otto-Bogen 19

80997 München

Tel.: 089 - 89 22 49 61

Fax: 089 - 89 22 49 62

flug@oeku-buero.de

www.oeku-buero.de/flug